Minna Faßhauer (1875 – 1949)

Biographische Dokumentation zu einem aktuellen Diskurs

von Prof. Dr. h.c. Gerd Biegel

unter Mitarbeit von Theresa Heilkenbrinker

Braunschweig 2013

Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte

an der TU Braunschweig

Fallersleber-Tor-Wall 23

38100 Braunschweig

Tel.: 0531 - 1219674

Fax: 0531 - 1232719

Mobil: 0171-8613047

e-mail: biegel@gerd-biegel.de

Vorbemerkung

*»Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft«.* Mit dieser Aussage hat Wilhelm von Humboldt die Aktuelle Bedeutung von Geschichtserinnerung für Gegenwart und Zukunft definiert. Ihre Wirkung kann Geschichtserinnerung aber nur entfalten, wenn wir wissen, was es zu erinnern gilt und warum und wie wir erinnern wollen. Dies gilt für Ereignisse ebenso wie für Artefakte, für Literatur gleichermaßen wie für Kunst oder Musik, selbst für Kultur oder Natur, um zu verstehen, was es zu bewahren gilt und warum. Prägend für eine Kultur des Erinnerns ist, daß kollektive Wahrnehmungen die subjektiven Wahrnehmungen ebenso prägen, wie subjektive Wahrnehmungen die kollektive Erinnerung bestimmen können. Daher ist für die Bewertung des kollektiven Erinnerns stets eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über Bedeutung, Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit hilfreich, ja notwendig. In ganz besonderer Weise gilt dies bei der Frage nach Personen oder Persönlichkeiten der Geschichte, denn jede öffentlich zu erinnernde Person repräsentiert einen Wertbezug und dieser Tatsache wird Sichtbarkeit und soziale Anerkennung zuteil. Damit verbunden ist zugleich die Erwartung, daß die definierte Vorbildfunktion und Erinnerungswürdigkeit auch für künftige Generationen gültig bleiben. Dem aber steht die Erfahrung gegenüber, daß Geschichtsbilder und Geschichtsverständnis auch dem Wandel unterliegen können. Diskussionen um Inhalte und Formen öffentlicher Erinnerung berühren sehr schnell Interessen der Politik und werden damit einer möglichen Instrumentalisierung durch aktuelle Interessen unterworfen, bei denen schließlich das Ziel der Erinnerung droht, in den Hintergrund oder in Vergessenheit zu geraten.

Die Frage der öffentlichen Erinnerung und der offiziellen Gedenkkultur ist nicht nur eine Frage des historischen Wissens, sondern eine Form allgemeiner Anerkennung , ja sogar Ehrung. Um dieses Ziel zu erreichen, sind öffentliche Auseinandersetzung mit der Geschichte, Aufklärung und Vermittlung in vielfältigen Formen ebenso notwendig, wie das Überwinden möglicher Tabus. Dies gilt gerade dann, wenn es um das Erinnern von Persönlichkeiten der Geschichte geht, bei denen lange Zeit entweder aus Unkenntnis über deren historisches Wirken oder aus bewußtem Wegsehen eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit, möglicherweise sogar Notwendigkeit, einer allgemeinen Erinnerungsbewahrung verhindert wurde. Wollen wir uns daher mit Blick auf eine Person der Geschichte ein Urteil erlauben, so bedarf es zunächst einer sachlichen, auf Fakten und Quellen gestützten Beschreibung von Leben und Wirken der Zielperson, sozusagen eines Fundamentes für eine dann durchaus subjektiv geprägte Auseinandersetzung zur Urteilsfindung mit Wirkung auf die Allgemeinheit. Ein solcher Prozeß ist derzeit in Braunschweig zur Person von Minna Faßhauer im Gange und sicherlich sinnvoll, hinsichtlich der Überlegungen zu Sinn und Notwendigkeit einer öffentlichen (ehrenden) Erinnerung.

Die vorgelegte biographische Dokumentation soll und will keine Entscheidung über die angesprochene Frage treffen, sondern in einer kurzen und überschaubaren Form wissenschaftlich erschlossene Informationen für eine mögliche politische Entscheidung bereitstellen und hilfreiche Aufklärung bieten. Es geht dabei um biographische Eckpunkte und nicht um eine umfassende Geschichtsdarstellung Braunschweigs im vergangenen Jahrhundert.

Ausgangslage: Antrag DIE LINKE

Die Fraktion DIE LINKE hat mit Datum vom 16. Februar 2012 den Antrag gestellt: *»Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zu erstellen, wie Minna Faßhauer zukünftig angemessen geehrt werden kann. Dieses Konzept ist dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen«.*

Im Zuge der anschließenden Diskussion wurde das Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte an der TU Braunschweig beauftragt, eine biographische Darstellung zu Minna Faßhauer zu erarbeiten, um damit eine historisch prägnante Grundlage für die weitere Diskussion und anschließende politische Beschlußfassung zur Verfügung zu stellen.

Grundlage für die Darstellung waren eine umfassende Erschließung primärer und sekundärer Quellen ebenso wie die Sichtung von Informationen in der Sekundärliteratur, soweit Minna Faßhauer erwähnt bzw. behandelt wurde. Auf dieser Grundlage wurde die vorliegende biographische Skizze mit dem Bemühen einer sachlichen Darstellung erstellt, um damit aus den Fakten heraus eine Entscheidungshilfe zu bieten, nicht aber, um eine Entscheidungsempfehlung zu geben.

Zur Person: Minna Faßhauer (1875 – 1949)

Minna Faßhauer wurde am 10. Oktober 1875 in Bleckendorf (Kreis Wanzleben)[[1]](#footnote-1) in eine Arbeiterfamilie geboren. Ihre Eltern waren der Arbeiter Theodor Nikolai[[2]](#footnote-2) und dessen Ehefrau Dorothea, geb. Schmidt[[3]](#footnote-3). Minna erlebte eine einfache und schon früh von sozialer Not geprägte Kindheit, da der Vater bereits 1878 verstarb: *»Meinen Vater habe ich nicht gekannt. Er starb, als ich 3 Jahre alt war. Meine Mutter erhielt keinerlei Unterstützung und so mußten wir Kinder sehr früh mithelfen, unser Brot zu verdienen«*[[4]](#footnote-4).

Von 1881 bis 1889 besuchte Minna Nikolai die Volksschule in Bleckendorf, doch schon während dieser Zeit mußte sie durch zusätzliche Arbeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes der Familie beitragen, wie sie in ihrem kurzen Lebenslauf vom 24. März 1947 erwähnt: *»Ich habe schon als Kind von 6 Jahren zum Lebensunterhalt der Familie beisteuern müssen«*[[5]](#footnote-5) und dies sollte für den weiteren Lebensweg prägende Folgen haben: *»Durch die Tatsache, dass ich schon im frühen Kindesalter gezwungen war zu arbeiten und mein ganzes Leben arbeiten musste, um den Lebensunterhalt sicherzustellen, wurde ich frühzeitig darauf hingelenkt, mich mit den Ursachen für das Elend der breiten Masse vertraut zu machen«*[[6]](#footnote-6).

Solche Erfahrungen führten sie bereits zur Zeit des Sozialistengesetzes dazu, *»illegal in der Arbeiterbewegung«* aktiv zu sein und *»nach der Aufhebung dieses Gesetzes weiterhin illegal«* mitzuarbeiten, *»weil damals die Frau keine politische Gleichberechtigung besass«*[[7]](#footnote-7) Die Frauenfrage, insbesondere die Gleichstellung der Frau, war Minna Faßhauer bereits früh ein wichtiges Anliegen geworden, für das sie sich ihr ganzes Leben aktiv einsetzte.[[8]](#footnote-8) Schon kurz nach der Schulentlassung mußte Minna Nikolai *»in Dienst bei fremden Leuten«*[[9]](#footnote-9). In verschiedenen biographischen Notizen findet sich der Hinweis, daß sie im Jahr 1893 schließlich als Dienstmädchen nach Braunschweig kam. Zu dieser Zeit bereits mit der Lektüre sozialistischer Schriften vertraut, lernte sie hier den fünf Jahre älteren Schmied Johannes Georg Faßhauer kennen, der sie *»in die Organisationen der Arbeiterschaft«* einführte. Beide heirateten am 16. April 1899 in St. Michaelis in Braunschweig. Im Jahre 1903 wurde der Sohn Otto geboren, der später als Schlosser tätig war und 1906 der Sohn Walter, später Arbeiter von Beruf. Zu diesem Zeitpunkt lebte das Ehepaar Faßhauer in der Weststraße 12 (heute Hugo-Luther-Straße). Besonders hervorgehoben wird stets das nachbarschaftliche Verhältnis zu August Merges und dem späteren KPD-Führer Robert Gehrke, die nicht unerheblich ihre politischen Ambitionen bestimmten und zeitlebens enge Weggefährten wurden.[[10]](#footnote-10)

Anfänge der politischen Aktivistin

Die frühe Beschäftigung mit den Ideen des Sozialismus und die Aktivitäten in den Arbeiterorganisationen führten Minna Faßhauer 1903 in die SPD[[11]](#footnote-11). Dabei sind ihre frühen Aktivitäten aufgrund der schlechten Quellenlage überwiegend nur aus späteren Aufzeichnungen von Erinnerungen der Weggenossen oder vergleichende Rückschlüsse zu erschließen. Sie selbst notierte in ihrem Lebenslauf 1947 knapp, *»insbesondere habe ich als Referentin für die Partei gewirkt*«[[12]](#footnote-12), während ihr Mann berichtet, daß sie nach ihrem Eintritt in die SPD *»darin bald sehr aktiv«* war.[[13]](#footnote-13) Robert Seeboth betont dabei ihren Einsatz für die Aufhebung des Verbots politischer Betätigung von Frauen*: »Auf regionaler Ebene hat sie erheblichen Anteil daran, das(s) 1908 das Verbot für die politische Betätigung der Frauen aufgehoben werden muss«*[[14]](#footnote-14)*,* wobei diese wie andere persönliche Aussagen vorsichtig zu werten sind, da sie subjektiv und nicht durch sachliche Quellen sind *.* Artur Krull, Schwiegersohn von August Merges, führte dazu in der Trauerrede 1949 näher aus*: »Als im Jahre 1908 das Verbot der politischen Betätigung für die Frauen aufgehoben wurde, war sie führend für die Frauenbewegung und die Partei tätig. Durch ihre Begeisterung für Freiheit und Frieden, durch ihr rednerisches Talent und ihre übrigen ausgezeichneten Eigenschaften wurde sie bald mit den Besten der Partei bekannt, und da sie kein Halbheiten duldete, schloß sie sich dem linken Flügel der Partei an. Hier gab es ein grosses Betätigungsfeld«.*[[15]](#footnote-15)

Ein besonderes Anliegen war darüber hinaus für Minna Faßhauer die Sorge um die Arbeiterkinder sowie die Jugendbildung. Im November 1907 wurde als Jugendorganisation der SPD der *»Bildungsverein jugendlicher Arbeiter«* gegründet mit Robert Wiebold als 1. Vorsitzender, als Kassierer G. Kirchner und als Beisitzer Walter Römling, Otto Kolbe und Fritz Benke.[[16]](#footnote-16) Die Statuten zu dem Verein hatte Heinrich Jasper erarbeitet. Die Notwendigkeit die Jugendorganisation als Bildungsverein zu definieren ergab sich aus dem damaligen Vereinsgesetz, das politische Jugendarbeit der Parteien untersagte. Auch der spätere braunschweigische Minister und DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl gehörte zu den Teilnehmern[[17]](#footnote-17). Der Bildungsverein entwickelte sich schnell zu einer mitgliederstarken Organisation, die 1909 bereits 240, dann 1912 schon 650 und 1914 schließlich 850 Mitglieder verzeichnete und erzielte große Wirkung, wie Boll in seiner materialreichen Untersuchung feststellte*: »Spätestens mit dem Einzug in das neue Jugendheim im Volksfreundhaus (April 1914) bildete der Verein der Braunschweiger Arbeiterjugend die in sich kohärenteste sozialdemokratische Subkultur aus. Das Jugendheim, das von den Jugendlichen selbstverantwortlich bewirtschaftet wurde (alkoholfreie Getränke, Kuchen usw.), stand dem täglichen Besuch offen und bot in einem großen Versammlungsraum auch Jugendschriften sowie die wichtigste deutsche Presse zur Lektüre an. Regelmäßig auch politische Bildungsveranstaltungen, Singen, Spielen, Ausflüge im Sinne der damaligen Jugendbewegung sowie die politische Orientierung seitens der radikal eingestellten Braunschweiger Sozialdemokratie sorgten dafür, daß hier eine in ihrem Kern festgefügte Gruppe von Jugendlichen und daraus hervorgegangenen jungen Erwachsenen entstanden war, die eine (…) starke Gruppenbindung entwickelt hatte«*[[18]](#footnote-18). Zahlreiche der jugendlichen Mitglieder bildeten den Kern der aktiven Jugendbewegung, die während des Krieges und in der Revolutionszeit das Bild der Opposition in Braunschweig und ihres sozialen Protestes. Dabei erwies sich auch, daß die Mehrheit, durch August Merges beeinflußt, dem Kreis der Spartakisten nahestand. Eine direkte Beteiligung von Minna Faßhauer aber ist im Gründungsjahr des Bildungsvereins noch nicht belegt, auch wenn zumindest eine Referentenbeteiligung bei den Vortragsangeboten aufgrund ihrer bildungsorientierten Interessen angenommen werden kann. Über solche pädagogischen Ziele zahlreicher Vorträge hat Martha Grotewohl berichtet: *»Ich erinnere mich z.B., das[s] wir sehr oft Vorträge hörten über die Schädlichkeit des Alkoh[o]ls und des Rauchens«*.[[19]](#footnote-19)

Einen weiteren Bezug nennen schließlich Gehrke/Seeboth: *»Bereits 1908 kam es zu einer Änderung des Vereinsnamens. In diesem Jahr fand in Nürnberg unter der Leitung Clara Zetkins eine Frauenkonferenz statt, an der als Braunschweiger Delegierte Minna Faßhauer und Lina Behrens teilnahmen. Der von ihnen gegebene Bericht gab Anlaß, den bestehenden Verein in „Bildungsverein jugendlicher Arbeiterinnen und Arbeiter“ umzubenennen.«*[[20]](#footnote-20)

Hintergrund dieser Entwicklung war das am 14. März 1908 erlassene reichseinheitliche Vereinsgesetz, das u.a. besagte, *»alle Reichangehörige haben das Recht (…) Vereine zu bilden und sich zu versammeln«.* Dabei galt zukünftig, daß die Altersgrenze für Jugendliche auf 18 Jahre festgelegt wurde und auch Frauen erstmals an politischen Veranstaltungen teilnehmen und Vereinsmitglieder werden durften. Die Anzeigepflicht für Veranstaltungen entfiel ebenso wie die polizeiliche Pflichtüberwachung.

Die proletarische Frauenbewegung hatte in Braunschweig eine lange Tradition. Sie reichte bis zu den Gesetzen der Jahre 1848 – 1854 zurück, die die Teilnahme von Frauen an Vereinen und Versammlungen erheblich einschränkten und sie wie Unmündige (Kinder, Schüler; Lehrlinge) sowie Personen, die die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hatten, behandelten. Die restriktiv-reaktionäre Rechtsprechung im Herzogtum Braunschweig setzte der Frauenbewegung wesentlich engere Grenzen als dies in anderen deutschen Staaten der Fall war und schloss *»die Frauen von der Mehrzahl der Versammlungen aus, im Grunde auch von solchen, die sich mit Themen der Frauenbewegung beschäftigten«*[[21]](#footnote-21).

Immer wieder hatte es im 19. Jahrhundert vorsichtige Versuche gegeben, Arbeiterinnenvereine zu gründen, jedoch stets ohne nachhaltigen Erfolg. So berichtete die Herzogliche Polizeidirektion Braunschweig 1887 an das Staatsministerium: *»Eine neue Erscheinung sind hier zwei Frauenvereine, deren einer „Verein zur Vertretung der gewerblichen Interessen der Frauen und Mädchen Braunschweigs“ sich im Mai 1886 und deren zweiter „Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Frauen und Mädchen Braunschweigs“ sich im Januar d. Js. constituiert hat. Ersterer zählt zur Zeit 38, der zweite 17 Mitglieder. Obgleich beide Vereine den gelegten Statuten und den Versicherungen der Vorstände zufolge jeder Politik fernstehen, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß dieselben nach Art der Berliner Frauenvereine gleicher Art für die Sozialdemokratie wirken.«*[[22]](#footnote-22)

Die kurze Zeit später erfolgte Selbstauflösung führte die Polizeidirektion u.a. auf die scharfe polizeiliche Überwachung zurück. Tatsächlich waren durch massive Verbote und Eingriffe der Polizei bei Versammlungen und Vorträgen die Aktivitäten der Frauenbewegung weitgehend wirkungslos. Dies änderte sich erst mit dem neuen Reichsvereinsgesetz von 1908, in dessen Folge auch ein deutlicher Anstieg weiblicher SPD-Mitglieder zu verzeichnen war. So stieg deren Zahl bis 1912 auf 1806 an, von denen 1600 im Reichstagswahlkreis Braunschweig-Blankenburg lebten. Im Herzogtum Braunschweig betrug der Frauenanteil der SPD-Mitglieder 15,3 % gegenüber nur 13,4 % im Reich insgesamt. Schwerpunkt der Aktivitäten der Frauenvertreterinnen vor dem Ersten Weltkrieg war die Forderung nach politischer Gleichberechtigung und dem Frauenwahlrecht, Ziele, denen sich Minna Faßhauer mit zahlreichen Vorträgen und in Parteidiskussionen widmete, so auf dem ersten Wolfenbütteler Frauentag am 2. März 1913.

Über das Frauenwahlrecht hinaus blieb aber der Kampf gegen die *»Wahlschande«* im Herzogtum eines der erklärten Ziele der Sozialdemokratie. Die schlimmen Erfahrungen mit der Behinderung und Überwachung von Parteiveranstaltungen, die Einschränkung von Freiheitsrechten und die weiterhin bestehende soziale Not in großen Kreisen der Arbeiterschaft vermittelten nicht nur ein Gefühl der Rechtlosigkeit, sondern verstärkten zunehmend den Wunsch nach Teilhabe an der Kommunal- und Landespolitik. Während für den Reichstag ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht galt, so war das braunschweigische Wahlrecht eines der reaktionärsten im ganzen Reich. Dabei blieben die Vertreter der Sozialdemokratie trotz Stimmenmehrheit bis zum Ende der Monarchie aus der Landesversammlung ausgeschlossen. Aus diesem Grunde blieben die Forderungen zur Abschaffung des reaktionären Wahlrechts am Beginn des 20. Jahrhunderts eines der wichtigsten Ziele, wie es auch Minna Faßhauer bei ihren zahlreichen Vorträgen formulierte. Im Vordergrund stand aber für sie das Frauenwahlrecht. Sichtbarer Ausdruck dieser Forderungen der Arbeiterschaft wurden zunehmend Demonstrationen für das freie Wahlrecht, wie sie sich am 26. Januar 1910 in Braunschweig auf dem Hagenmarkt zu einer ersten Massenbewegung entwickelten. Mit massiver Gewalt ging die Polizei dagegen vor.

Ein weiteres Wirkungsfeld von Minna Faßhauer in diesen Jahren vor und während des Ersten Weltkrieges war die Sorge um die Arbeiterkinder, deren Ausbeutung und Verelendung sie anprangerte. Einen Eindruck von den katastrophalen Verhältnissen bot der Volksfreund vom 31. Dezember 1912. Unter dem Titel *»Die Kinder klagen an«* beschreibt der Autor, daß es den Kindern *»an genügend Nahrung, an Luft, Licht, Sonne«* fehle, beschreibtdie hohen Krankenzahlen unter den Grundschulkindern, die mangelnde Fürsorgetätigkeit der Verantwortlichen und fordert: *»Hier können nur großzügige Reformen helfen, das ungeheure Elend muß an der Wurzel gepackt werden. Mit einigem Michkaffee und einigen wohltätigen Bettelsuppen ist noch so gut wie nichts getan. Und von Gottesfurcht und Fürstentreue werden die Kinder nicht satt und gesund«.*

Durch schlechte Wohn- und Lebensverhältnisse, Hygiene, Mangelernährung und Kinderarbeit war die Lebenssituation der Kinder aus ärmeren Bevölkerungsschichten äußerst problematisch, wie auch vorliegende Berichte von Schulärzten belegen. *»So wurden im Berichtsjahr 1913/14 bei 4913 untersuchten Schulkindern 472mal Unterernährung festgestellt, 169mal Skrofulose, 108mal Herzfehler, bei 124 Kindern Ungeziefer und in 14 Fällen Lungentuberkulose, wobei zu letzterem anzumerken ist, daß ein eindeutiger Befund über TB bei den Reihenuntersuchungen selten war, die angegebenen Werte also eher zu niedrig liegen.«*[[23]](#footnote-23)

Seit 1901 hatten bürgerliche Kreise Ausflüge zum Lechlumer Holz, sogenannte Waldspiele, organisiert und dazu eigens einen *»Ausschuß für Waldspiele«* eingerichtet. Aber erst mit der 1913 von SPD und Gewerkschaftskartell gegründeten Kinderschutzkommission fanden die Hilfen für Proletarierkinder eine aktive Organisation. Bereits 1912 hatte die SPD Ferienausflüge organisiert. In einer öffentlichen Frauenversammlung der SPD am 3. Mai 1913 zum Thema *»Kinderarbeit und Kinderschutz«* mahnte die Referentin Anna Blos, Ehefrau des braunschweigischen SPD-Reichstagsabgeordneten*, »das darbende proletarische Kind«* nicht zu vergessen und forderte die Einrichtung von Kinderschutzkommissionen, denn: *»Der Kapitalismus raubt so schon den Proletariern die Jugend, die doch ein Sammeln der Kräfte sein sollte, die Lebenskraft und Lebensfreude.«*[[24]](#footnote-24) Bereits am 25. Juni 1913 berichtete dann der Volksfreund von der erfolgten Einrichtung einer Kinderschutzkommisssion, der 7 Genossinnen und 2 Genossen angehörten, darunter Minna Faßhauer, Berta Schlösser, Anne Menge und Hedwig Steinbrecher. Vorsitzender der Parteiredakteur Richard Brenner. Wichtigste Aufgabe war die Überwachung der Kinderschutzbestimmungen des Jahres 1904 sowie Maßnahmen zur gesundheitlichen und kulturellen Förderung der Kinder. Dazu gehörten von Anfang an auch Ferienausflüge: *»Die Sprößlinge der Besitzenden reisen mit Papa und Mama ins Seebad oder ins Gebirge. Sie lernen dort die Wunder der Natur kennen und finden Erholung, die ihnen voll vergönnt sei. Proletarierkinder versteigen sich zwar nicht soweit. Immerhin ist auch manches von ihnen in der glücklichen Lage, beneidet von Spielkameraden, einige Wochen auf dem Lande mit seinen Herrlichkeiten für ein Kinderherz zu verbringen. Dann kommen aber die Kinder, und das ist die große Mehrzahl, die daheim bleiben müssen. Ihr Spielplatz ist während der Ferien in den stinkenden Höfen der Altstadt oder auf der Straße und bei schlechtem Wetter in den engen, unzureichenden Wohnungen, womöglich bei schwerer, geistlähmender Munterkeit tötender Erwerbsarbeit. Anstatt in würziger Waldluft und Seeluft die schwachen Lungen stärken zu können, müssen sie, die es meist am allerbedürftigsten sind, von körperlichen und sittlichen Gefahren umringt, sich in den schmutzigen Straßen aufhalten. Tod und Krankheit aus den ekelhaften Miasmen der Kloaken, dem Unrat der Straßen, den dumpfen Wohnungen, in sich aufnehmen. Die Berichte der Schulärzte liefern die entsetzlichen Beweise für unsere, manchem wohl etwas zu kraß klingenden Behauptungen«,*[[25]](#footnote-25)kritisierte der Volksfreund 1913. Dagegen etwas zu unternehmen hatten sich zahlreiche Frauen in der SPD zusammengeschlossen und seit 1912 Kinderfreizeiten in den Ferien für Arbeiterkinder organisiert. Hierbei engagierte sich Minna Faßhauer regelmäßig, auch über ihre Aufgaben als Mitglied der Kinderschutzorganisation hinaus.

Wie lange schließlich Minna Faßhauer, die noch 1915 unter den nun 11 Mitgliedern der Kinderschutzkommission aufgeführt wurde, in der Kommission tätig war, läßt sich aus den vorliegenden Nachrichten nicht ersehen, allerdings wird sie ab 1916 im Volksfreund nicht mehr in dieser Funktion erwähnt. Dennoch hat sie vor allem in den Kriegsjahren noch verantwortlich an Kinderfreizeiten mitgewirkt, wie der Volksfreund am 25. Juni 1917 berichtete.

Diesem sozialpolitischen Engagement widmete sich Minna Faßhauer neben den politischen Agitationen auch im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten. So berichtete der Volksfreund bereits am 10. August 1914 über eine Sitzung, in der die Stadtverwaltung die paritätische Besetzung eines zentralen Arbeitsnachweises für das Herzogtum vorschlug, wobei als Vertreterin seitens der Freien Gewerkschaften Minna Faßhauer diese Aufgabe wahrnahm, daneben als weitere Arbeitnehmervertreter die Genossen Hammerschmidt für den Deutschen Metallarbeiter Verband, Reinowski für den Fabrikarbeiterverband und Wesemeier für das Gewerkschaftskartell[[26]](#footnote-26). Es ging um eine effizientere Arbeitsvermittlung, besonders für die besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Frauen. Sie wurden dabei vor allem vom Verband der Braunschweiger Frauenvereine unterstützt. Die Teilnahme an dem zentralen Arbeitsnachweis, aber auch am lokalen Zusammenschluß des Nationalen Frauendienstes war ein wesentliches Zugeständnis an der propagierten Burgfriedenspolitik. Die zum Zentralen Arbeitsnachweis für das Herzogtum Braunschweig im Stadtarchiv vorhandenen Akten enthalten die regelmäßigen Berichte über die Zahlen von Arbeitssuchenden und offenen Stellen in den Folgejahren, geben jedoch keine unmittelbare Auskunft über die damit verbundenen Aktivitäten von Minna Faßhauer.

Kriegszeiten und Parteikonflikte

*»Es war die Zeit des Eintrittes des Kapitalismus in den Imperialismus. Die damaligen Zeitgenossen waren vor die Frage gestellt, entweder sozialistischer Aufstieg oder kapitalistischer Völkerkrieg. Durch den Ausbruch des Weltkrieges 1914 kam die Stunde der Entscheidung auch für die Partei. Minna Faßhauer ging nicht mit der Kriegspolitik des Parteivorstandes, mit der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften. Sie wurde noch fester an die Gruppe Karl Liebknecht – Rosa Luxemburg gebunden, und ihr Verhältnis zu ihrem Kampfgefährten August Merges gestaltete sich noch enger und freundschaftlicher.*

*Der Kampf dieser Gruppe bewegte sich auf halblegalem Boden. Ihre Mitglieder trotzten der Gefahr und der Gewalt. Unermüdlich schuf sie einen immer grösser werdenden Kreis von Kriegsgegnern. Die Braunschweiger Gruppe nahm im Frühjahr 1915 mit der in Berlin gegründeten Gruppe „Internationale“ Verbindung auf und trat dem am 1. Januar 1916 gegründeten Spartakusbund bei. Diese Organisation wirkte über ganz Deutschland. Und hier gab es viel Arbeit durch den Vertrieb der Spartakusbriefe, die illegal vertrieben werden mussten.«*[[27]](#footnote-27)

In diesem Auszug aus der Trauerrede von Artur Krull sind einige Kernaussagen enthalten, die eine entscheidende Phase der politischen Neuorientierung von Minna Faßhauer in der Zeit des Ersten Weltkriegs ebenso beschreiben wie die wachsende Polarisierung innerhalb der Braunschweiger Sozialdemokratie ab 1914. Standen in den Vorkriegsjahren für die Sozialdemokratie und Minna Faßhauer neben sozialen Fragen und der Frauenbewegung vor allem die Änderung des reaktionären Wahlrechts im Herzogtum Braunschweig im Zentrum der politischen Forderungen, so wurden diese Fragen mit den immer deutlicheren Vorzeichen des drohenden Krieges durch zunehmende Antikriegsproteste in den Hintergrund gedrängt. Die *»große Urkatastrophe dieses Jahrhunderts*«, wie der Erste Weltkrieg in der Geschichtswissenschaft bezeichnet wurde, brachte auch für das Land Braunschweig grundlegende gesellschaftliche und politische Veränderungen bis hin zum Ende der Monarchie in der Novemberrevolution von 1918, *»früher als in Berlin und den meisten Bundesstaaten, und sie verlief in Braunschweig in vieler Hinsicht radikaler als sonst im Reich«*[[28]](#footnote-28).

Schon lange vor dem Sommer 1914 hatte es im Volksfreund, als dem Organ der Braunschweiger Sozialdemokratie, nicht an warnenden und mahnenden Beiträgen vor der drohenden Kriegsgefahr in Europa gefehlt. Als diese in den letzten Julitagen 1914 immer konkreter wurde, zeigte sich die Bevölkerung Braunschweigs deutlich gespalten. Das Bürgertum und die bürgerliche Presse unterstützten die Kriegs-Politik der Reichsregierung vorbehaltlos, während die Sozialdemokratie zu Massenprotesten gegen den Krieg aufrief und im Volksfreund die bürgerliche *»Kriegshetze«* angriff und verurteilte. Noch am 28. Juli 1914 hatte der Volksfreund zu einer Demonstrationsversammlung der SPD gegen den Krieg aufgerufen, der mehr als 5000 Bürger gefolgt waren[[29]](#footnote-29), doch schon am 4. August stimmte auch die Mehrheit der SPD-Abgeordneten im Reichstag für Kriegskredite. Kaiser Wilhelm II. hatte die Sozialdemokraten, die er zuvor noch als *»vaterlandslose Gesellen«* beschimpft hatte, erfolgreich mit den Worten geworben, *»ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche«*. In seiner Begründung der Zustimmung im Reichstag betonte der Parteivorsitzende Hugo Haase zwar die Warnungen der SPD vor dem Krieg, knüpfte dann aber an die SPD-Position vom *»Verteidigungskrieg«* und dem *»Recht eines Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung«* an. Dabei unterstrich er die Haltung der Partei*, »das eigene Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich zu lassen«*[[30]](#footnote-30). Diese *»Burgfriedenspolitik«* führte schließlich zur Spaltung der Partei. Die radikale Linke unter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wandte sich schon Ende 1914 gegen eine Fortsetzung des Krieges und bildete seit dem 1. Januar 1916 die *»Gruppe Internationale«,* die sich später als *»Spartakusbund«* bezeichnete. Der gemäßigte linke Parteiflügel um Hugo Haase und Karl Kautsky lehnte dagegen erst ab Dezember 1915 weitere Kriegskredite ab und stellte sich schließlich ebenfalls gegen die Burgfriedenspolitik.

Bei Kriegsausbruch waren jedoch auch Teile der Sozialdemokratie nicht ohne nationales Empfinden für die Einheit der Nation in der Abwehr des Feindes. Am 8. August veröffentlichte der politisch verantwortliche Redakteur Richard Wagner nach dem Fall der belgischen Festung Lüttich im Volksfreund ein Gedicht, das Ausdruck dieser Stimmung war, auch wenn diese nicht lange anhalten sollte. Zwei Verse mögen genügen als Beleg:

»Die Welt um Deutschland steht in Kriegsflammen;

Von allen Seiten droht ein starker Feind;

Das ganze Volk hält brüderlich zusammen,

*Zum Kampf fürs deutsche Vaterland geeint.*

Und die als „inn’rer Feind verrufen waren,

Wir, denen alle Rechte man beschnitt,

Wir rufen donnernd: „Nieder mit dem Zaren!“

- Wir ziehen mit!

Wir ziehen mit, wir Vaterlandslosen!

*Wir ziehen mit fürs deutsche Vaterland.*

*Engländer, Russen, Belgier und Franzosen,*

*Kommt nur heran! Die Roten halten stand.*

Wir schützen uns’res Vaterlandes Auen

*Trotz allem Unrecht, das das Volk erlitt.*

Wir schützen uns’re Kinder, uns’re Frauen.

- Wir ziehen mit!«

Doch schon Ende August 1914 ging auch der Volksfreund auf kritische Distanz zum Burgfrieden und näherte sich in seinen Beiträgen mehr und mehr der radikalen Haltung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an*. »Die Braunschweiger SPD entwickelte sich zu einer Hochburg der Opposition innerhalb der SPD«*[[31]](#footnote-31). In Braunschweig schließlich *»fanden sich (…) Mitglieder und Funktionäre der SPD zusammen, die mit der Bewilligung der Kriegskredite und dem Einschwenken ihres Parteivorstandes auf den Kriegskurs des kaiserlichen Deutschlands nicht einverstanden waren. In der ersten Hälfte des Jahres 1915 kamen sie in einer anfänglich noch losen Gruppe zusammen. Regelmäßig trafen sie wöchentlich im „Fürstenhof“ oder in „Kochs Restaurant“ zusammen. Hatten die Diskussionen zu Anfang dieser Zusammenkünfte noch zwanglosen Charakter, so begann sich in der zweiten Jahreshälfte aus diesem Diskussionskreis eine Gruppe herauszuschälen, die das Programm der Gruppe „Internationale“ um Karl Liebknecht als für sich verbindlich anerkannte. Auf der Grundlage dieses Programms bemühte sich auch die Braunschweiger Gruppe, unter der Arbeiterschaft Klarheit über den Charakter des Krieges und die Möglichkeiten seiner Beendigung zu schaffen. Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Zusammenkünfte, an der sich auch die oppositionellen Jugendlichen aus dem Bildungsverein beteiligten, die sich der unter Führung von August Merges stehenden Gruppe anschlossen.«*[[32]](#footnote-32)

Dies beschreibt die Aktionsgruppe, die sich selbst *»Revolutionsklub«* nannte, geführt von August Merges. Friedhelm Boll[[33]](#footnote-33) hat die Mitglieder des *»Revolutionsklubs«* in drei Gruppen unterteilt: 1. Sechs hauptamtliche Funktionäre (Stegmann, Genzen, Müller, König, Wesemeier, Merges), die führende Funktionen in Partei und Gewerkschaft innehatten; 2. Fünf Betriebsobleute, die zugleich nebenamtliche Funktionen in den Arbeiterorganisationen ausübten sowie fünf Vertreter der sozialistischen Arbeiterjugend. Führender *»Kopf der konspirativen Arbeit«* war August Merges, der auch entscheidenden Einfluß auf die Arbeiterjugend ausübte, so daß diese bei der Spaltung der Partei mit Merges zur KPD wechselten, während die übrigen hauptamtlichen Funktionäre bei der USPD verblieben. Der sehr selbständig und mit hoher Gruppenbindung agierende Verein der Braunschweiger Arbeiterjugend wurde unter der ideologischen Führung und Ausbildung von August Merges eine Kernzelle der radikal linken Spartakusgruppe innerhalb der SPD wie sich sehr bald bei den Massenstreiks erweisen sollte. Auch Minna Faßhauer hatte die konsequente Antikriegshaltung vertreten und näherte sich bald dem Revolutionsklub an, wozu sicher auch ihr enger persönlicher Kontakt zu August Merges erheblich beitrug.

Die zunehmende Radikalisierung von Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie hatte sich erstmals deutlich Anfang Mai 1916 gezeigt, als Braunschweig mit dem sog. *»Sparzwangsstreik«* eine der ersten größeren Streikbewegungen im Reich erlebte. Ausgegangen war dieser Streik von einem Erlaß des Kommandierenden Generals des X. Armeekorps in Hannover, der am 22. April 1916 verfügte, daß alle Jugendlichen bis 18 Jahre einen Teil ihres Lohns (über 16 Mark die Woche) als Sparguthaben ohne Verfügungsberechtigung der Jugendlichen fest anlegen mußten.[[34]](#footnote-34) Die Reaktion darauf war ein eine Woche anhaltender Streik[[35]](#footnote-35), der von den Jugendlichen selbständig organisiert wurde unter Führung der Spartakus-Anhänger im Jugendausschuß. Den Demonstranten hatten sich auch rasch viele über die unzureichende Lebensmittelversorgung empörte Arbeiterfrauen angeschlossen und es kam zu tagelangen Demonstrationen, Straßenschlachten mit Polizei und Armee, Plünderungen von Lebensmittelgeschäften und zahlreich eingeworfenen Fensterscheiben. Als schließlich nach anfänglicher Ablehnung Partei und Gewerkschaften die Proteste uneingeschränkt unterstützten und mit einem Generalstreik drohten, wurde am 6. Mai der Sparzwangerlaß wieder aufgehoben. *»Seit den Maitagen 1916 spielten die dem Spartakusbund nahe stehenden Jugendlichen eine entscheidende Rolle bei der Radikalisierung der Braunschweiger Arbeiterschaft«*[[36]](#footnote-36). Der Sparzwangstreik war Ausgangspunkt weiterer Unruhen, wie etwa dem Sympathiestreik für Karl Liebknecht im Juni 1916, an dem sich fast 9000 Arbeiter aus fast allen Rüstungsbetrieben beteiligten. Es folgten Teuerungsunruhen und Streiks im Frühjahr 1917 als Folge des katastrophalen *»Kohlrübenwinters«* 1916/17 und der Senkung der Brotration in der Osterwoche sowie schließlich als Höhepunkt der Auguststreik 1917. Es waren tausende Arbeiter, die zu diesem Zeitpunkt die Arbeit niederlegten und in den Versammlungen wurde die allgemeine Politisierung deutlich, denn außer wirtschaftlichen Forderungen wurde zunehmend der Ruf nach Wahlrechtsreform und Friedensverhandlungen laut. Hier wirkte sich die russische Revolution vom März 1917 aus, die die Antikriegsstimmung und Hoffnung auf einen baldigen Frieden auch in Braunschweig beflügelte.

Die Reaktion der Behörden bestand in Verhaftungen, Einziehung der wehrpflichtigen Streikenden zum Heeresdienst und Arbeitseinsatz gegen Militärsold, der Verlängerung des verschärften Belagerungszustandes, der Einrichtung eines Kriegsgerichts, Versammlungsverboten und Zensurmaßnahmen. Boll berichtet, daß das Kriegsgericht *»in Tag- und Nachtsitzungen 90 Frauen, darunter sehr viele Verheiratete, und 34 Männer zu Strafen zwischen 1 Tag und 1 Jahr Gefängnis«* verurteilte[[37]](#footnote-37). Vom rigorosen Vorgehen der Behörden eingeschüchtert, nahmen die meisten Arbeiter nach vier Tagen wieder die Arbeit auf. Es war der letzte große Streik vor der Novemberrevolution 1918. Teilgenommen hatten zwischen 6400 und 11000 Streikende in 39 Betrieben und die politische Dimension der Forderungen bedeutete *»für Braunschweig die Vorwegnahme des im übrigen Deutschland erst im Januar 1918 anbrechenden Antikriegsstreiks«*[[38]](#footnote-38).

Die radikale Aktivistin und Kriegsgegnerin

Mit der kurzen historischen Skizze der Kriegsjahre sind einige Momentaufnahmen verbunden, die den Rahmen aufzeigen, in den die politisch-soziale Tätigkeit von Minna Faßhauer in diesem Jahr eingebunden war. Um willkürliche Zuordnungen oder Vermutungen und willkürliche Interpretationen zu vermeiden, werden allerdings nur diejenigen Hinweise genutzt, bei denen durch die Überlieferung in den Akten oder der Presse die Erwähnung ihrer Person belegt ist.

Die anfängliche Euphorie einer nationalen Begeisterung für einen *»aufgezwungenen Verteidigungskrieg«* im August 1914 war in der Braunschweiger Sozialdemokratie nicht von langer Dauer. Rasch zeigten sich die negativen Folgen, insbesondere bei steigenden Lebensmittelpreisen. Bereits zu Beginn des Jahres 1915 entwickelte die SPD nun eine heftige Agitation zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der ärmeren Bevölkerungsschichten. Höhepunkt dieser Bewegung waren Frauendeputationen, die bei Parteiversammlungen gewählt wurden und bei den Stadtverwaltungen, etwa Braunschweig und Blankenburg die Forderungen der Versammlung vortrugen. Bei diesen Aktionen traten sozialdemokratische Frauen , an der Spitze Faßhauer, aber auch Graf oder Fleming in führender Position hervor. Solche Volksversammlungen fanden statt in Braunschweig (1.11.), Hasselfelde (4.11.), Cattenstedt (10.11.), Braunschweig (11.11.), Oker (14.11.), Blankenburg (20.11.) und Hüttenrode (22.11.). In der ersten Versammlung im Wilhelmsgarten hatte der braunschweigische Reichstagsabgeordnete Otto Antrick unter stürmischem Beifall der Frauen deutliche Worte gegen den Wucher bei den Lebensmitteln gefunden und klar gemacht, daß die Geduld der Braunschweiger Arbeiterschaft eine Grenze erreicht hat und *»wir haben lange genug petitioniert, es ist lange genug erwogen und beraten worden.* ***Wir wollen jetzt Taten!****«*[[39]](#footnote-39) Beifall der Anwesenden fand auch seine *»ernste Warnung«* gegenüber der untätigen Regierung, *»daß man die Unzufriedenheit in die Schützengräben leitet«*, denn *»Not kennt kein Gebot«.* In der anschließenden Diskussion forderte Minna Faßhauer unter begeisterter Zustimmung der Anwesenden: *»Wir wollen eine Deputation zu den Ministern schicken und ihnen sagen, daß die deutschen Arbeiter nicht mehr hungern wollen!«* Diese fand unter Führung von Minna Faßhauer statt und in der zweiten Versammlung am 11. November 1915 berichtete die Genossin Graf von dem Gespräch mit dem Leiter des Staatsministeriums, Minister Boden. In der anschließenden Diskussion betonten Minna Faßhauer und der Braunschweiger Reichstagsabgeordnete Otto Antrick, *»daß die Arbeiter nach diesen Ausflüchten des Ministers sich künftig auf ihre eigene Kraft verlassen müssten«*[[40]](#footnote-40).

Mit den seit 1915 organisierten Frauenversammlungen und Frauendeputationen war Minna Faßhauer ebenso im Interesse der sozialen Fragen der Zeit aktiv tätig wie mit den mehrfach belegten Betreuungen von Kinder- und Ferienfreizeiten während der Kriegsjahre. Darüber hinaus setzte sie ihre politische Arbeit intensiv fort, stand aber im kompromißlosen Gegensatz zur Burgfriedenspolitik von SPD und Gewerkschaften. Ihre politische Haltung orientierte sich zunehmend an einer radikalen Antikriegspolitik und näherte sich deutlich den sozialistischen Vorstellungen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, wobei sie auch Konflikte nicht scheute. Damals hatten etwa Frauenvertreterinnen ein nationales Frauennetzwerk ins Leben gerufen, das sozusagen an der *»Heimatfront«* überparteilich im Interesse der Frauen zusammenarbeiten sollte, Fürsorge für Arbeiterinnen, Hilfe für in Not geratene Kriegerwitwen und sonstige soziale Aktivitäten für notleidende Frauen lokal und regional organisieren und durchführen sollte. Minna Faßhauer hatte sich dieser Aufgabe gestellt und war in Braunschweig für die Familienfürsorge zuständig. Anfang 1916 hatte sie bei einer Versammlung mit dem SPD-Reichstagsabgeordneten Blos deutlich gegen weitere Kriegskredite und die Verlängerung des Krieges protestiert. Daraufhin war sie von der Vorsitzenden des Nationalen Frauendienstes in Braunschweig aus dem Dienst ausgeschlossen worden, da Frau Faßhauer *»nicht mehr auf nationalem Boden stände«.[[41]](#footnote-41)* Der Konflikt war nicht lösbar, zumal der Magistrat sich auf die Seite des Nationalen Frauendienstes gestellt hatte und Minna Faßhauer Störung im Betriebe der Kriegsfürsorge vorwarf, wobei man auch mit Verleumdungen nicht sparte. Minna Faßhauer aber blieb konsequente Kriegsgegnerin. Gemeinsam mit August Merges und Robert Gehrke nahm sie 1915 Kontakt zur Berliner Gruppe der *»Internationale«* um Karl Liebknecht auf und schloß sich am 1. Januar 1916 der Braunschweiger Spartakusgruppe an*. »Neben August Merges und Robert Gehrke war sie daran beteiligt, den Einfluß dieser Gruppe in den Betrieben zu vergrößern«*, beschreibt sicherlich zutreffend Robert Seeboth die damaligen Aktivitäten von Minna Faßhauer. Einen ersten Höhepunkt fand ihre Agitation beim Auguststreik 1917, als sich am Nachmittag des ersten Streiktages (15.8.) im Oelper Waldhaus 5000 streikende Arbeiter[[42]](#footnote-42) zu einer nicht genehmigten Streikversammlung einfanden, eine Verhandlungskommission wählten und einen Forderungskatalog mit 8 Punkten an das Staatsministerium verabschiedeten. Die Versammlungsleitung lag in Händen von A. Genzen (Fabrikarbeiterverband und Parteivorsitzender), Topfstedt (Vertrauensmann bei Büssing) und Minna Faßhauer (Parteivertreterin und Vorsitzende des spartakusorientierten Frauenklubs). Die gewählte Verhandlungskommission bestand aus Minna Faßhauer und den vier Obleuten Kugelberg, Richter (beide Büssing), Warnecke (AGK) und Junke (Voigtländer). Damit fand in ihrer Person die starke Teilnahme der Frauen beim Streik ihren deutlichen Niederschlag in der Verhandlungsdelegation. Es gab am gleichen Nachmittag zwei Verhandlungen im Staatsministerium, bei denen folgender Forderungskatalog der Streikenden vorgelegt wurde:

*»1. Einsetzung eines Ernährungsausschusses, an dem Vertreter der Arbeiter beratend, bestimmend und mit ausübender Gewalt teilnehmen.*

*2. Beseitigung aller Sondervergünstigungen für einzelne Schichten der Bevölkerung und gerechte Verteilung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nach gleichem Maße an die Gesamtbevölkerung.*

*3. Beseitigung aller Überstundenarbeit. Einführung des achtstündigen Arbeitstages. Entsprechende Lohnerhöhungen. Wiedereinführung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen in den Fabriken. Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.*

*4. Reform des braunschweigischen Landtagswahlrechtes nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für alle männlichen und weiblichen Staatsbürger.*

*5. Aufhebung des Belagerungszustandes und aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes sowie Koalitionsrechtes. Sofortige Ermächtigung zur Herausgabe eines Blattes für die Arbeiterschaft Braunschweigs.*

*6. Sofortige Befreiung aller wegen politischer und militärischer Vergehen Verhafteter und Verurteilter, ebenso solcher Personen, die wegen Lebensmittelunruhen verurteilt worden sind.*

*7. Eintreten der Braunschweiger Regierung für die Anbahnung sofortiger Friedensverhandlungen auf der klar ausgesprochenen Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen.*

*8. Bestimmte Zusage, daß kein am Streike in irgendeiner Weise Beteiligter wegen der Streikbeteiligung gemaßregelt, zum Militär eingezogen oder strafrechtlich verfolgt werde.«*[[43]](#footnote-43)Ein deutlich politisches Programm zeigte nun die veränderten Verhältnisse.

Minna Faßhauers politische Orientierung an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hat sie schließlich endgültig in den Kreis des spartakistischen Revolutionsklub um August Merges geführt und ihrer Überzeugung blieb sie auch zunächst innerhalb der SPD treu, wo sie der linksradikalen Opposition angehörte. Als es 1917 im Streit um die Burgfriedenspolitik zur Spaltung der SPD kam, schloß Minna Faßhauer sich der radikaleren Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) an, wie auch die Mehrzahl der Mitglieder. Die gemäßigte Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) wurde damals eine Splitterpartei, denn von 3000 Mitgliedern blieben der MSPD um Heinrich Jasper nur 90, der Rest wechselte zur USPD um August Merges, August Wesemeier, Albert Genzen und Sepp Oerter. *»Dass der Ostern 1917 gegründeten USPD hier in Braunschweig fast alle SPD-Mitglieder zuströmten, war nicht zuletzt auf die intensive Tätigkeit von August Merges, Minna Fasshauer und anderer zurückzuführen.«*[[44]](#footnote-44)Diese Bewertung im Rückblick unterstreicht die starke Stellung der radikalen Spartakisten in der USPD zu dieser Zeit, nicht zuletzt durch die Macht des ebenfalls meist mit Spartakisten besetzten Jugendklubs. Allerdings gelang es der MSPD weiterhin über das Parteiorgan *»Volksfreund«* zu verfügen, da zwei der Eigner Mitglieder der MSPD waren. Die Arbeiterschaft Braunschweig aber erfuhr in der Kriegszeit einen deutlichen Linksruck.

Erste Ministerin in Deutschland

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs kam das Ende der Monarchie, auch in Braunschweig. Bereits am 3. November 1918 versammelten sich mehrere tausend Menschen auf dem Leonhardplatz zu einer Kundgebung, auf der August Merges anstelle des kurzfristig verhinderten Karl Liebknecht sprach. Damit begann eigentlich bereits die Novemberrevolution 1918 in Braunschweig. Am Abend des 6. November traf schließlich ein kleiner Trupp Matrosen von der Küste in Braunschweig ein, die sich mit den Spartakisten verbündeten. Am nächsten Tag, dem 7. November, kam es zu spontanen Demonstrationen. Die Arbeiter aus den Großbetrieben, Jugendliche und Soldaten schlossen sich an. Aus dem Gefängnis wurden Gefangene befreit, der Hauptbahnhof und das Polizeipräsidium besetzt, die Polizei entwaffnet und die Soldaten der Kasernen am Fallersleber Tor und am Altewiekring zur Übergabe gezwungen. Am 8. November setzten sich die Demonstrationen fort und es kam zur endgültigen Entscheidung. Nach der bewaffneten Besetzung des Volksfreundhauses durch die USPD (*»Rückholung«* des Volksfreund) folgte die Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrates und Demonstrationszüge marschierten zum Schloß, wo sich schließlich 20 000 Demonstranten versammelten. Die rote Fahne wurde gehißt und am späten Nachmittag traf eine Delegation des Arbeiter- und Soldatenrates unter Führung von August Merges ein, die Herzog Ernst August die Abdankungsurkunde vorlegte und dessen Thronverzicht erzwang. Während am 9. November in Berlin der Kaiser abdankte und die Vertreter der MSPD die Republik proklamierten und die Regierung übernahmen, wurde am 10. November in Braunschweig im Landtag durch den Arbeiter- und Soldatenrat die *»Sozialistische Republik Braunschweig«* ausgerufen, zu deren Präsident August Merges gewählt und die Regierung durch den Rat der Volkskommissare mit Sepp Oerter als Vorsitzendem übernommen wurde. Die Revolutionsregierung bestand aus Vertretern der USPD sowie Minna Faßhauer von der Spartakusgruppe, während die MSPD weder in der Regierung noch im Arbeiter –und Soldatenrat vertreten war.

Dem Rat der Volkskommissare gehörten folgende Mitglieder an:

Sepp Oerter (Inneres und Finanzen), Vorsitzender

August Junke (Recht)

Minna Faßhauer (und Jean Kautz) (Volksbildung)

Gustav Gerecke (Ernährung)

Michael Müller (Verkehr und Handel)

Karl Eckardt (Arbeit)

August Wesemeier (Stadt Braunschweig)

Obermatrose Rosenthal (revolutionäre Verteidigung)

In diesen Tagen der Revolution war Minna Faßhauer ungeheuer aktiv, so daß in der Literatur sogar festgestellt wird: Minna Faßhauer war *»entscheidend beteiligt am Sturz der brsg. Monarchie*«[[45]](#footnote-45). So führte sie die Revolution in Wolfenbüttel am 8. November an[[46]](#footnote-46) und sprach in einer öffentlichen Versammlung im *»Löwen«,* in der sie *»auf den Ernst der Lage und das Gebot der Stunde«*[[47]](#footnote-47) hinwies. Sie forderte die Einrichtung eines Arbeiter- und Soldatenrates und nach ihrer Rede wurde auch sofort ein Arbeiter- und Soldatenrat aus 14 Personen für Wolfenbüttel gewählt.

Mit Minna Faßhauer war nicht nur eine Spartakistin in der Revolutionsregierung, sondern sie war auch die erste Ministerin in Deutschland, ein Zeichen auch für die große Rolle, die die Arbeiterinnen und sie in den Kriegsjahren sowie den Kämpfen der letzten Monate gespielt hatten. Die zentralen Fragen der neuen Regierung waren zunächst die Rolle der Räte und die Sozialisierung. Schon früh hatte der konsequenteste Vertreter des Spartakus die Parole ausgegeben: *»Es lebe die Diktatur des Proletariats!«,* Vorzeichen für die bald zunehmende Radikalisierung der Revolution.

In ihrem Amt als Volksbildungsministerin, das Minna Faßhauer vom 10. November 1918 bis zum 21. Februar 1919 ausübte, hatte sie noch im November mit der Durchführung grundlegender sozialistischer Reformen begonnen, die zugleich eine revolutionäre Abrechnung mit der Zeit der Monarchie beinhaltete, wie bereits ihr erster Erlaß zum Geschichtsunterricht vom 16. November 1918 deutlich werden ließ. Dieser Erlaß verbot Volksverhetzung sowie Fürstenverherrlichung und Kriegsgeschichte sollte durch Kulturgeschichte ersetzt werden:

*»Bekanntmachung:*

*Das Volkskommissariat für Volksbildung ordnet für die sämtlichen Schulen in der Republik an: 1. Der Geschichtsunterricht darf fortan nicht mehr der Völkerverhetzung und Fürstenverherrlichung dienen. Die Kriegsgeschichte, die bisher übermäßig Raum einnahm, muß der Kulturgeschichte den Vorzug lassen. Alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und sein Entstehen sind zu unterlassen. 2. Aus den Schulbüchereien sind alle Bücher, welche der Kriegs- und Fürstenverherrlichung dienen, zu entfernen. 3. Die Lehrkräfte haben sich allen den Betrachtungen und Aeußerungen über die Ursache, den Verlauf und die Folgen der Revolution und die Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierung, welche geeignet sind, die revolutionären Errungenschaften herabzusetzen, zu enthalten. 4. Alle Lehrpersonen haben im Verkehr mit der Schuljugend alles zu unterlassen, was Stimmung machen könnte, für die Herbeiführung einer Gegenrevolution, um nicht die Gefahren eines Bürgerkrieges mit seinem unabsehbaren Elend heraufzubeschwören. Braunschweig, den 16. November 1918. Das Volkskommissariat für Volksbildung.«*[[48]](#footnote-48)

Am 10. Januar 1919 wurden Oberleitung und Oberaufsicht über das Braunschweigische Landestheater dem Volkskommissar für Volksbildung unterstellt.[[49]](#footnote-49) Grundlegend aber und mit der größten Nachhaltigkeit aller Gesetzesvorhaben der ersten Revolutionsregierung wurde das *»Gesetz über die Neuordnung der Volksschulaufsicht«* vom 21. November 1918.

*»§ 1. Die bislang von dem Staatsministerium wahrgenommene Oberaufsicht und oberste Leitung des gesamten Unterrichtswesens wird in der Republik Braunschweig von dem Volkskommissariat für Volksbildung ausgeübt (…).*

*§ 2. Insoweit die Leitung und Beaufsichtigung von Schulen einschließlich der Lehrerseminare dem Konsistorium zusteht, tritt an dessen Stelle eine staatliche Schulbehörde – Volksschulkommission -. Alle entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen werden aufgehoben«.*[[50]](#footnote-50)

Damit war die Trennung von Staat und Kirche auf dem Gebiet der Schule durchgeführt. Allerdings war dies nur ein erster, wenn auch bedeutender Schritt zur endgültigen Trennung von Staat und Kirche, was dann erst fünf Jahre später erfolgte. Die Schulreform war ein lange gefordertes Ziel des Braunschweigischen Lehrervereins. Die Forderung einer staatlichen Schulaufsicht aber hatte eine lange Tradition, die bis ins 18. Jahrhundert zur gescheiterten Schulreform von Joachim Heinrich Campe zurückreichte[[51]](#footnote-51). Es war dies eine grundlegende und zukunftweisende Gesetzesentscheidung in der Bildungspolitik der Revolutionsregierung. Sie kann auch nicht im eigentlichen Sinne als radikale Entscheidung gewertet werden, zumal sie über die Arbeiterschaft hinaus breitere Zustimmung fand, insbesondere in der überwiegend als liberal einzuordnenden Volksschullehrerschaft. Dennoch sah die Landeskirche in diesem Gesetz eine geradezu existenzielle Bedrohung und verweigerte kategorisch das Angebot zur Mitarbeit in der neuen Volksschulkommission. Minna Faßhauer wurde dabei als *»Flaschenspülerin«* und *»Kinoplatzanweiserin«*[[52]](#footnote-52) diskriminiert. Am 23. Januar 1919 senkte ihr Ministerium schließlich die Religionsmündigkeit der Schüler auf das 14. Lebensjahr.

Bei der ersten Landtagswahl am 22. Dezember 1918 wurde Minna Faßhauer zur Abgeordneten der Braunschweigischen Landesversammlung und am 25. Januar 1919 in den Bezirksvorstand der USPD gewählt, scheiterte jedoch als Kandidatin bei der Reichstagswahl am 19. Januar 1919. Bei der Eröffnungssitzung des Braunschweigischen Landtages am 10. Februar 1919 wurde dann der Konflikt innerhalb der Arbeiterbewegung und deren Vertretern deutlich, denn der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates, Heinrich Schütz, lehnte jeglichen Machtverzicht des Rates zugunsten des Parlamentes ab, da dieses *»noch nicht der Ausdruck der wahren Willensmeinung des braunschweigischen Volkes«* sei. *»Deshalb kann auch die jetzt bestehende Landesversammlung noch nicht alle Rechte für sich beanspruchen, wie eine nach Beseitigung des Kapitalismus und nach Herstellung der vollen sozialen Gleichheit und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gewählte Landesversammlung«*[[53]](#footnote-53). Dagegen erwiderte der neu gewählte Präsident des Landtages, Dr. Heinrich Jasper, MSPD: *»In den Wahlen hat das Volk gesprochen, und mit dem Zusammentritt dieser Landesversammlung, der Vertretung des gesamten Volkes, ist die Macht auf die Vertretung des Volkes, auf die Landesversammlung übergegangen*«[[54]](#footnote-54). Diese Grundsatzfrage über die politische Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte spielte bei nun folgenden Koalitionsverhandlungen ebenso eine Rolle, wie die Zusammensetzung der Regierung aus je vier Vertretern der USPD und der MSPD. Zur Abwehr der immer radikaleren Tendenzen der Spartakusgruppe in der USPD und aus Sorge vor dem Eingreifen der Reichsregierung hatte nämlich Sepp Oerter Verhandlungen mit der MSPD aufgenommen, was noch kurz zuvor undenkbar schien. Bei einer Mitgliederversammlung der USPD am 18. Februar lehnten die Spartakisten August Merges, Minna Faßhauer und Robert Gehrke dann auch jeglichen Kompromiß ab. Die vorläufige Verfassung aber, die am 21. Februar im Landtag diskutiert und am 22. Februar verabschiedet wurde, bestimmte das Parlament zum Träger der gesamten Staatsgewalt (auch wenn den Räten noch ein Veto im Gesetzgebungsverfahren zugebilligt wurde) und man entschied sich damit in Braunschweig für die parlamentarische Demokratie. Zwar hatte am 22. Februar im Parlament Minna Faßhauer, in Abwesenheit von August Merges, noch für den Verfassungskompromiß gestimmt[[55]](#footnote-55), dennoch verzichtete sie auf ihre Funktion in der Regierung und legte Anfang März 1919 auch ihr Landtagsmandat nieder. Am 22. Februar 1919 endete die Räterepublik in Braunschweig und im März trennte sich der Spartakusbund als KPD von der USPD.[[56]](#footnote-56) Der endgültige Bruch war vollzogen und Minna Faßhauer entschied sich für die radikale Politik der KPD.

Mit dem Ausscheiden aus den politischen Ämtern wird die ohnehin schwierige Quellenlage zur Biographie von Minna Faßhauer äußerst dürftig. Weitgehend beschränkt sie sich auf indirekt erschlossene Annahmen späterer Biographen, Justizakten und wenige Zeitungsberichte sowie eigene Personalangaben während der *»Schutzhaft«* in Moringen, Angaben des Ehemanns aus der Entschädigungsakte von 1956 sowie Nachrufe bei ihrem Tod am 28. Juli 1949. Persönliche Aufzeichnungen wie Briefe, Tagebuchaufzeichnungen oder Redemanuskripte liegen in den einschlägigen Archiven nicht vor. Anfragen an die DKP wurden leider nicht beantwortet, während im Archiv der Sozialdemokratie bei der Friedrich Ebert Stiftung nachweislich keine Unterlagen zu Minna Faßhauer vorhanden sind, wie der zuständige Kollege nach Überprüfung mitteilte. Auch das Bundesarchiv in Koblenz verfügt nach sorgfältiger Prüfung über keine Unterlagen. Daher muß der biographische Teil nach 1919 zwangsläufig skizzenhaft bleiben, dennoch hoffe ich, daß er ausreichende Eindrücke zur abschließenden Bewertung von Person und Wirken von Minna Faßhauer bietet.

Gegnerin der Parlamentarischen Demokratie

*»Minna Fasshauer entschied sich damals für den Antiparlamentarismus, da sie die revolutionäre Situation noch nicht für abgeschlossen hielt. Sie blieb bei d[iesem Stand]punkt und half mit, die KAPD zu gründen, die für Antiparlamentarismus und eine allgemeine Arbeiterunion war. In diesen Organisationen wirkte sie wiederum an führender Stelle vom April 1920 bis 1933.«[[57]](#footnote-57)*

Wie Artur Krull hier erwähnt, hatte sich Minna Faßhauer, trotz ihrer überraschenden Zustimmung zur vorläufigen braunschweigischen Verfassung am 22.2.1919 im Landtag, bei den gegebenen Zeitumständen gegen die parlamentarische Demokratie entschieden, was zugleich der Haltung der Mehrheit des Spartakusbundes in der USPD entsprach. Da aber die Ziele und die Realpolitik in der USPD nicht deren Vorstellungen entsprach, trennte sich der Spartakusbund im März 1919 als KPD von der USPD. In der biographischen Überlieferung ist umstritten, ob Minna Faßhauer in dieser Phase bereits Mitglied der DKP war. Armenat, Korschan-Kuhle, Pockrandt, Seeboth und Janicki verneinen dies, im Gegenatz zu Rother und Weber-Herbst sowie Janicki/Dürrbeck.[[58]](#footnote-58) Sie hat aber sicherlich diesen Schritt vollzogen, denn Minna Faßhauer selbst erwähnt ihre Mitgliedschaft in der DKP in einem Brief während ihrer Schutzhaft 1935. Auch Georg Faßhauer bestätigt diese Angabe in einem Brief vom 28.5.1956: *»Nach der Gründung der Kommunistischen Partei im März 1919 schloß sie sich dieser Partei an«[[59]](#footnote-59).* Schon ein Jahr später aber wird sie Mitglied der KAPD, wie sie am 24. März 1947 im Fragebogen für politische Häftlinge auch angibt (KAP 1920 – 1933)[[60]](#footnote-60). Janicki/Dürrbeck notieren dazu: *»Als es in der KPD zu Auseinandersetzungen um die Gewerkschaftspolitik und teilweise auch zu Diskussionen kam, ob die DKP revolutionär genug sei, wendet sich Minna Faßhauer der KPD zu«[[61]](#footnote-61).*

Damit blieb Minna Faßhauer konsequent jener antiparlamentarischen Überzeugung treu, die dann Artur Krull betont hatte, nach der die proletarische Revolution noch nicht abgeschlossen sei. Die KAPD verstand sich in ihrem Programm 1920 nicht als *»Partei im überlieferten Sinne«,* aber als *»entschiedenste Vorkämpferin des Proletariats«,* dessen *»Einigung im Geiste des Rätegedankens, das eigentliche Ziel der Revolution bedeutet«.* Für die KAPD waren bürgerlicher Parlamentarismus und Gewerkschaften *»das Hauptbollwerk gegen die Fortentwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland«* und eines ihrer wichtigen Ziele war die *»Auflösung aller Parlamente und Gemeinderäte«.* Klar formulierte die Partei ihre Linie:

*»Indem die K.A.P.D. der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem bürgerlichen Staat den entschiedensten Kampf ansagt, richtet sie ihren Angriff auf die gesamte bürgerliche Ideologie und macht sich zur Vorkämpferin einer proletarisch-revolutionären Weltanschauung.«[[62]](#footnote-62)*

Minna Faßhauer blieb auch in den Folgejahren politisch aktiv, wurde aber offenbar von der Polizei überwacht und kam mehrfach vor Gericht. In der Niedersächsischen Arbeiter-Zeitung vom 12. Januar 1921 berichtet sie *»man habe ihr gesagt, es sei ein Spitzel aus Süddeutschland da, und damit dieser ruhig arbeiten könne, müsse sie auf einige Tage festgesetzt werden. Sie machte im voraus darauf aufmerksam, dass sie bei einer evtl. Verhaftung keinen Fluchtversuch machen werde. Sie rechne auf die Solidarität des revolutionären Proletariats.«* Ob dies bereits mit dem Beginn einer Serie von Sprengstoffanschlägen in der Stadt Braunschweig zusammenhing, läßt sich aus den bisherigen Unterlagen nicht ersehen. Im Juli wurde Minna Faßhauer wegen *»Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz«* zu vier Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt, wie der Volksfreund am 16. Juli 1921 berichtete:

*»Vier Monate Gefängnis für Frau Faßhauer.*

*Nordhausen.*

*In der Strafkammersitzung hatte sich die ehemalige Leiterin des Kultusministeriums Braunschweigs, Minna Faßhauer, wegen Vegehens gegen das Entwaffnungsgesetz zu verantworten. Es wird ihr zur Last gelegt, in einer öffentlichen kommunistischen Versammlung am 17. September d. J. in Nordhausen dem Sinne nach gesagt zu haben, die Arbeiter müßten ja Idioten sein, wenn sie die Waffen abliefern würden, während die Bourgeoisie die ihrigen behalte. Die Angeklagte bestreitet, sich in diesem Sinne geäußert zu haben und will lediglich in ihrer Rede kurz die Haltung der Fraktion der U.S.P.D. bei Beratung des Gesetzes kritisiert haben, die dem Gesetz nicht hätte zustimmen dürfen, sondern die Bewaffnung der Arbeiter hätte fordern müssen, wenn sie die Interessen der Arbeiterschaft vertreten wollte. Aus der Beweisaufnahme gewinnt das Gericht jedoch die Überzeugung, daß sich die Angeklagte im Sinne der Anklage schuldig gemacht hat. Es verurteilte sie daher, dem Antrage des Staatsanwalts folgend, zu vier Monaten Gefängnis und 300 M Geldstrafe.«* Die Strafe wurde durch Amnestie erlassen, wie aus einem Vermerk vom 17. Oktober 1935 hervorgeht.[[63]](#footnote-63) Der Bericht läßt aber erkennen, daß Minna Faßhauer weiterhin politisch äußerst aktiv war und bei Versammlungen in der näheren und weiteren Region als Rednerin auftrat und im Sinne der bewaffneten proletarischen Revolution agitierte, gemäß dem Parteiprogramm der KAPD: *»Bewaffnung der politisch organisierten revolutionären Arbeiterschaft, Aufstellung von Ortswehren, Bildung einer Roten Armee, Entwaffnung des Bürgertums, der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, Einwohnerwehren usw.«*

Im Sommer 1921 erlebte dann die Stadt Braunschweig eine Reihe von Sprengstoffanschlägen: *»Der Bombenanschlag am Tennishaus«* (Volksfreund 1. Juli 1921), - *»Wieder ein Bombenattentat in Braunschweig«* (Volksfreund 13. Juli 1921) - *»Das fällige Dynamitattentat in Braunschweig«* (Volksfreund 14. Juli 1921) - *»Belohnung von 20 000 Mark!«* (Volksfreund 15. Juli 1921) - *»Die Braunschweiger Dynamitattentate aufgeklärt«* (Volksfreund 8. September 1921). Betroffen waren das Tennishaus am Bürgerpark, das Labor des Gerichtschemikers Dr. Nehring in der Bismarckstraße, die Garnisonskirche und das Haus des Rittergutsbesitzers Ernst Lekebusch Am Gaußberg 6.

Am 8. September 1921 berichtete die Niedersächsische Arbeiter-Zeitung über *»Massenverhaftung von Kommunisten in Braunschweig«*, bei denen *»in den letzten Tagen wiederum eine Anzahl von Genossen von der KAP verhaftet worden«* sind.[[64]](#footnote-64) Am gleichen Tag noch meldete der Volksfreund die Aufklärung der Dynamitattentate: *»Kommunisten die Täter – Eine ganze Verbrecherbande verhaftet«.* Die Verhaftungen waren am 6. September erfolgt. Zu den Verhafteten zählte Minna Faßhauer, die man verdächtigte, *»an der Herbeischaffung des Dynamits beteiligt gewesen«* zu sein, sowie der Sohn von August Merges, Alfred Merges, der der direkten Beteiligung an den Dynamitattentaten beschuldigt wurde. Die Verhafteten wurden offenbar in das Gefängnis Wolfenbüttel eingeliefert, denn am 6. Januar 1922 veröffentlichte die Niedersächsische Arbeiter-Zeitung einen Brief der Betroffenen vom 5. Dezember 1921:

*»Aus Braunschweig*

*An die Bauarbeiter und Zimmerleute der Baustelle Spinnerei, an die Spinnereiarbeiter, sowie die andern Betriebe, welche an uns denken!*

*Wolfenbüttel, den 5. Dezember 1921.*

*Liebe Arbeitsbrüder und –schwestern! Liebe Genossen!*

*Mit unendlicher Freude haben wir gehört, dass Ihr uns als Klassengenossen mit Eurer Solidarität zur Seite steht, dass Ihr damit unser Schicksal zu dem Eurigen macht, und dass Ihr mit uns zu fühlen wißt. Die ansehnlichen Sammlungen, durch die Ihr auch uns eine Weihnachtsfreude gemacht habt, beweisen uns, dass Ihr noch Gemeinschaftsgefühl und den Klassenwillen in Euch habt, der manchem Arbeiter abhanden gekommen ist. Dieser Wille stärkt und kräftigt. Laßt die helle Flamme, die in das Dunkel des Käfigs leuchtet, nicht verlöschen! Sie soll uns das Weihnachtslicht sein!*

*Und heute, wo die Glocken „Frieden“ und „Liebe“ läuten, wo eine blutige Lüge geputzt und blinkend durchs Land zieht, um uns in Schlaf und Zufriedenheit zu wiegen, und die Vergangenheit mit all dem Grauen, den Unterdrückungen und den vielen Arbeitermorden in uns vergessen zu machen, - heute, wo das Elend und die Not das Proletariat verzehrt, wo seine Mörder und die Kappisten, wo die Ludendorffe, Runges, Marlohs, Tamschicks usw. noch immer frei herumlaufen, und wo die Liebknechte, die wahren Menschen der Liebe, die Zuchthäuser und Gefängnisse füllen, ja, heute wollen wir unseren Feinden heilige Rache schwören und Mut und Kraft für die kommenden Kämpfe und Entbehrungen sammeln! So stimmt mit ein in den Ruf*

*„Eh‘ nicht der Sklaverei Ende: Heilig die letzte Schlacht!“*

*Auf baldiges Wiedersehen im neuen, hoffentlich besseren Jahre!*

*Hermann Burtchen, Otto Busch, Paul Engemann, Rudolf Claus, Emil Gehrmann, Franz Junge, Frau Fasshauer, Pitzser, Wilhelm Plätz, Karl Lange, Alfred Merges\*, Wilhelm Rinne, Ludwig Rusch, Otto Meyer.*

*(Für die Genossen Reuker und Schulze haben die Genossen aus Hannover und Delligsen gesammelt)*

*\* Bei Alfred Merges handelt es sich um den Sohn von August Merges, den Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates und Präsidenten der Sozialisitischen Republik Braunschweig, die das Ergebnis der Novemberrevolution war.«[[65]](#footnote-65)*

Der Prozeß wegen der Dynamitanschläge begann schließlich am 21. März 1922 unter umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen im Oberlandesgericht Braunschweig. Minna Faßhauer wurde angeklagt, gemeinsam mit Hermann Reuker am 5. Juli 1921 den Angeklagten Gehrmann, Lange und Engemann bei der Beschaffung von Dynamit *»durch Rat und Tat willentlich Hilfe geleistet zu haben, indem Frau Faßhauer, die durch ihre agitatorische Tätigkeit in Delligsen bekannt war, die drei Angeklagten an Reuker geleitete, diesen befragte, ob in Delligsen noch Dynamit vorhanden sei und indem Reuker die drei Angeklagten an Reinefeld verwies.«[[66]](#footnote-66)* Nach einem teilweise turbulent verlaufenden Prozeß wurde Minna Faßhauer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Unter Anrechnung der langen Untersuchungshaft wurde aber der Haftbefehl vom Gericht aufgehoben.

Mit Häme reagierte der Kladderadatsch am 9. April 1922 auf die Verurteilung:

*»An Minna (Die ehemalige Braunschweiger Kultusministerin erhielt wegen Dynamitattentats Gefängnis)*

*O Minna, Priesterin vom Kult,*

*Wie hast du dich verstrickt in Schuld!*

*Mußt du, statt Wäsche nur zu sprengen,*

*Mit Häusersprengung dich bemengen*

*Und, statt den Lernstoff zu betreu’n,*

*Die Bürger Braunschweigs so bedräu’n?*

*Zwar manchs Wunder ohne Frage*

*Sieht man in Braunschweig alle Tage!*

*Da werden Weiber zu Ministern*

*Und treiben dann mit Sprengstoff Scherz,*

*Wo sonst nur Blätterkohlen knistern,*

*Fliegt heut die Bombe himmelwärts,*

*Und morgen früh, eh schon eingelocht,*

*Die Extremistin! Hohe Dame,*

*O zieh dir eine Lehre draus,*

*Und ist auch Faßhauer dein Name –*

*Schlag nicht dem Faß den Boden aus. R.s.«*

Auch im Jahr 1923 soll Minna Faßhauer vor Gericht gestanden haben, wie Robert Seeboth berichtet: *»Im Zusammenhang mit den Ereignissen 1923 in Schöningen hatte sie sich mehrfach wegen Landfriedensbruch vor Gericht zu verantworten«[[67]](#footnote-67).* Dabei handelte es sich um Teuerungsunruhen, bei denen radikale Demonstranten im Oktober in Schöningen Geschäfte gestürmt und geplündert hatten. Schon kurz vorher war am 18. August 1923 von der Staatsanwaltschaft Braunschweig Klage gegen Minna Faßhauer wegen *»Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik«* erhoben worden. Hintergrund war eine Großdemonstration der Arbeiterschaft am 16. August 1923 mit ca. 15 000 Teilnehmern, über die der Volksfreund berichtete und bei der Minna Faßhauer aufgetreten war:

*»Minna Faßhauer erscheint. Sie meint, jede Bewegung sei von den Gewerkschaften niedergeknüttelt worden. (!)*

*Auch die KPD.-Genossen hätten ihre Pflicht nicht getan. Als ein KPD.-Genosse beruhigend meint: „Man nicht aufregen!“ schreit sie zurück: „Feste aufregen!“ Und sie führt dann fort: „Hört nach keiner Partei, sondern fordert den Sturz der ganzen Gesellschaft, des ganzen Systems und* ***verlangt die Diktatur des Proletariats!***

*Eine* ***Arbeiter- und Bauernregierung*** *sei Unsinn. Es gebe keine rückständigere Gesellschaft als die Bauern. (Ein Kommunist ruft schüchtern: „Kleinbauern!“) Minna Faßhauer antwortet: „Unsinn, es gibt gar keine Kleinbauern. Verlangt die Diktatur des Proletariats und kämpft, damit Ihr nicht untergeht.«* und am Nachmittag nochmals:

*»Frau Faßhauer, die auch wieder erschienen war, erhielt den stärksten Beifall. Sie forderte auf, so lange im Streik zu verharren, bis alle Forderungen erfüllt worden seien. Es müsse schnell, ganz schnell ganze Arbeit gemacht werden. Mit Lohnforderungen sei der Arbeiterschaft jetzt nicht gedient. Sie schloß: Arbeitet nicht eher wieder, ehe nicht alle Forderungen erfüllt sind und rüstet Euch zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaft.«*

Da jedoch die genaue Wortwahl, vor allem das Wort *»rüsten«,* weder von den Polizeispitzeln noch von Zeugen bestätigt werden konnte, wurde das Verfahren eingestellt.

Erneut aber bestätigte sich bei ihren Aktionen, daß Minna Faßhauer nicht nur mit allem Einsatz gegen die Not der ärmeren Bevölkerung und für die Arbeiterschaft kämpfte, sondern mit radikaler kommunistischer Ideologie den bewaffneten Umsturz forderte. Diese Haltung wird noch bestätigt durch ihre Teilnahme an der AAU, einer von der KPD abgespaltenen Splittergruppe, die rätekommunistisch-syndikalistischen Vorstellungen anhing. Diese Allgemeine Arbeiter-Union (AAU) war eine lose Vereinigung Gleichgesinnter, die sich der Frühphase der russischen Revolution verpflichtet sah und die in Braunschweig aus etwa 20 Personen bestand, darunter u.a. August Merges, Hermann Wilke und Minna Faßhauer.[[68]](#footnote-68) In der Trauerrede betonte Artur Krull ebenfalls ihre sozialistische Gesinnung und Haltung als *»Marxist«, »am Geist von Rosa Luxemburg geschult«*. Bei ihrem Kampf für die Freiheit wollte sie die wirkliche Freiheit. *»Sie war deshalb für die Ausschaltung der privatkapitalistischen und staatskapitalistischen Herrscher und dafür, dass die Arbeiter als Produzenten die Produktionsmittel selbst übernehmen. Sie wollte weder die Herrschaft dieser noch jener Schicht. Sie sah deshalb auch in dem totalitären Charakter der heutigen Parteien eine grosse Gefahr, und sie entschied sich in der letzten Zeit immer mehr für das in den sozialistischen Revolutionen geborene Rätesystem«.[[69]](#footnote-69)*

Für längere Zeit schweigen nun die Quellen zu Minna Faßhauer, während Land und Stadt Braunschweig spätestens seit 1930 politische Umbrüche erleben, bei denen der Beobachter kaum annehmen kann, daß Minna Faßhauer tatenlos geblieben ist. Doch auch in den Erinnerungen der politischen Wegbegleiter wie dem Kommunistenführer Robert Gehrke finden sich keine weiteren Nachrichten. Während Robert Seeboth zwar allgemein davon spricht, sie habe sich *»aktiv am Widerstand gegen den Faschismus«* beteiligt[[70]](#footnote-70), hält Reinhard Bein fest, daß sich Merges und Minna Faßhauer 1933 weitgehend aus der aktiven Politik zurückzogen und sich sogar von der aus der Allgemeinen Arbeiter-Union, entstandenen Widerstandsgruppe um Hermann Schade distanzierten.[[71]](#footnote-71) Allerdings könnten auch gesundheitliche Gründe für Minna Faßhauers Zurückhaltung eine Rolle gespielt haben, denn in ihrem Brief an den Leiter der Politischen Partei vom 13. Oktober 1935 weist sie darauf hin, »*dass ich Winter 32 krank war und von da ab keiner Organisation angehört habe, weder einer legalen noch einer illegalen«.[[72]](#footnote-72)*

Als diese Gruppe ab 1934 Druckschriften wie *»Der rote Rebell«, »Die braune Pest«* oder *»Deutscher Mann, was nun?«* herstellte und verteilte, flog sie auf und wurde im März 1935 zu Zuchthausstrafen verurteilt. Nun sah die Politische Polizei (Hausmann und Uhlenhaut) die Gelegenheit gekommen, ohne Rechtsgrundlage gegen weitere unliebsame Gegner vorzugehen und es wurden weitere 16 Verdächtige verhaftet. Klagges erreichte, daß dabei gegen die beiden verhaßten Prominenten der Politik, Minna Faßhauer und August Merges, ein Hochverratsprozeß in Braunschweig stattfinden konnte, obwohl dafür eigentlich der Volksgerichtshof in Berlin zuständig war.[[73]](#footnote-73) In der Anklageschrift vom 5. August 1935 warf man ihr vor: *»die Beschuldigte* ***Faßhauer*** *war ebenfalls Anhängerin der räte-kommunistischen Idee und bildete als alte bewährte Kommunistin eine zuverlässige Stütze der staatsfeindlichen Bestrebungen. Sie erhielt von Schade Drucksachen zur Verteilung. Neue Anhänger der Gruppe wurden ihr vorgestellt«.*

Minna Faßhauer, die seit dem 27. Mai 1935 in Untersuchungshaft war, wurde auf Weisung des Führers der Landespolizei, Friedrich Jeckeln, am 6. Oktober 1935 in Schutzhaft genommen mit der Begründung, daß ihr während des Ermittlungsverfahrens wegen Hochverrat nachgewiesen worden sei, *»daß Sie Beziehungen zu den führenden Mitgliedern der illegalen kommunistischen Räte-Union gehabt haben, bezw. selbst zu den geistigen Führern dieser illegalen Gruppe gehört haben. Ferner ist Ihnen nachgeweisen, daß Sie Kenntnis von der Art der Propaganda dieser Räte-Unionisten hatten. Weiter muß angenommen werden, daß Sie durch Ihre lange politische Tätigkeit und der daraus gewonnenen Erfahrung der illegalen Tätigkeit dieser Vereinigung mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben«[[74]](#footnote-74).* Nachdem sie beim Leiter der Politischen Polizei brieflich Beschwerde eingelegt hatte (*»Ich betone noch mal, daß ich von keiner illegalen Organisation weiß noch Mitglied einer solchen war«*) wurde als Antwort ein 14tägiger Arrest angeordnet, *»weil sie in einer Eingabe an den Leiter der Braunschweigischen Politischen Polizei die Gründe ihrer Inschutzhaftnahme in unerhörter Weise bemängelt hat. Als alte Marxistin, die gerade in Braunschweig eine führende Rolle gespielt hat, kann man ihr heute in Bezug auf den neuen nationalsozialistischen Staat keinen Glauben schenken«[[75]](#footnote-75).* Nach einer ersten Verurteilung wegen Hochverrat war Minna Faßhauer in der Berufungsverhandlung vor dem Oberlandesgericht freigesprochen worden, jedoch von der Politischen Polizei nicht freigelassen. Am 24. Oktober 1935 wurde sie ins KZ Moringen eingeliefert, aus dem sie erst am 13. Januar 1936 gesundheitlich erheblich geschwächt entlassen wurde. Bis 1945 aber hatte Minna Faßhauer unter der Überwachung durch die Gestapo und zeitweiligen Hausdurchsuchungen zu leiden.[[76]](#footnote-76)

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft wurde Minna Faßhauer trotz ihres Alters noch einmal politisch aktiv, und zwar als Mitglied der KPD. Sie kandidierte 1946 für die KPD bei der Gemeindewahl[[77]](#footnote-77), hatte jedoch keinen Erfolg. Weiterhin aktiv aber war sie in der Frauenarbeit *»und arbeitete auch im Rahmen der Frauenarbeit der KPD Landesleitung mit«[[78]](#footnote-78)*, getreu ihrem Wahlkampfmotto: *»Trotz meines Alters stehe ich auch heute in vorderster Linie und kämpfe für die Ziele der Arbeiterschaft. – „Den Jungen zur Lehr, den Alten zur Wehr!“«[[79]](#footnote-79)* Am 4.3.1946 erfolgte die Anerkennung Minna Faßhauers als Opfer des Faschismus.[[80]](#footnote-80)

Am 28. Juli 1949 ist Minna Faßhauer im Alter von 73 Jahren verstorben.

Fazit

Die biographische Dokumentation macht deutlich, daß wir mit Minna Faßhauer zweifelsohne einer zu beachtenden Person der braunschweigischen Geschichte gegenüberstehen. Ihr Leben und Wirken umfaßte bedeutende Epochen der neuzeitlichen Geschichte Braunschweigs zwischen Monarchie und Republik, Industrialisierung und Weltkriegen, Terror und Zerstörung, aber auch zweimaligen Neubeginn nach Kriegszerstörungen. Manche dieser Entwicklungen hat sie aktiv begleitet, einige auch mitgestaltet. Diese Tatsache ist anerkannt und gewürdigt. Minna Faßhauer hat Eingang in die Geschichtsbücher ebenso gefunden, wie in die regionalen und überregionalen Lexika, so daß bei ihrer Person nicht von einem gewollten Vergessen die Rede sein kann. Minna Faßhauer hat auch mit ihrem Schulgesetz von 1919 ein bildungspolitisches Werk mit nachhaltiger Wirkung geschaffen, das bis heute in der Fachwissenschaft gewürdigt wird. Allerdings war diese politische Amtszeit in revolutionärem Umfeld zu kurz, um weitere Momente des Erinnerns festzuhalten.

Wie jede Epoche in der Erinnerung einem Wandel unterliegt, so unterlag auch Minna Faßhauer einem Wandel in ihren Anschauungen. Von der Sozialdemokratie sich abwendend, radikalisierte sie ihre eigenen politischen Anschauungen bis hin zu einer antiparlamentarischen Haltung für Rätesystem und Marxismus in jenem inhaltlichen Sinne, wie er 1956, als nicht mit einem demokratischen Verfassungsstaat vereinbar, durch das höchste Gericht in Deutschland erklärt wurde. Ihr soziales Engagement für die Unterdrückten, für Frauenrechte und Gleichheitsgrundsatz umfaßte dagegen Werte, die vorbildhaft auch für die Zukunft erinnert werden können. Demgegenüber aber zeigen die in den 1920er Jahren mehrfach gerichtlich geahndeten Brüche geltenden Rechts die ganze Ambivalenz ihrer Persönlichkeit, die bereits in ihrer Zeit in den Kennzeichen *»Revolutionär und Rebell«* zum Ausdruck kamen.

Würde hinsichtlich der Erinnerungswürdigkeit Justitia wägen müssen und dabei Mnemosyne sowie Klio gegenüberstehen, so wäre für beide ein harter Diskurs notwendig, um eine Entscheidung zu bewirken. Ein solcher Diskurs scheint mir auch gegenwärtig weiter notwendig, um die einzelnen Momente der Geschichte und ihre subjektive Gewichtung überzeugend zu bestimmen, denn schmal nur erscheint dem Historiker die Basis für die eingangs formulierte Vorbildfunktion und Erinnerungswürdigkeit als Grundlage des erinnernden Gedenkens. Zu dieser weiteren Diskussion kann der Chronist nur die Wege aufzeigen und begehbar machen, die einzuschlagende Richtung ist eine persönliche Entscheidung der verantwortlichen Politikerinnen und Politiker.

Daher möchte ich abschließend zum sorgfältigen Abwägen und Nachdenken anregen und zwar ganz im Sinne der braunschweigischen Historikerin Ricarda Huch, die dem Gedanken Wilhelm von Humboldts entgegensetzte:

*»Ich habe nun gefunden, daß man, wie man sagt, man könne die Gegenwart nicht verstehen, ohne die Vergangenheit zu kennen, auch sagen kann, ohne die Gegenwart zu kennen, könne man die Vergangenheit nicht verstehen«.*

Quellen und Literatur

Gedenkstätte Schillstrasse

* Ehrhardt, Frank: Hilfe für die, die noch ärmer sind, Die Anfänge der Arbeiterwohlfahrt in Braunschweig, in: Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Braunschweig e.V. 2. Auflage. Braunschweig 1994. S. 55-71.
* Akte: Braunschweigische Politische Polizei. Betreff: Meldung von Schutzhäftlingen.
* Fritsch, Isolde und Kurt/ Hensel, Werner/ Pockrandt, Paul/ Seeländer, Hermann (Recherche und Redaktion): Verfolgung und Widerstand von Kommunistinnen und Kommunisten in Braunschweig - Ein Beitrag der Deutschen Kommunistischen Partei kreis Braunschweig-Wolfenbüttel.
* Seeboth, Robert: Nie wieder Krieg - Braunschweig vor 50zig Jahren. Tatsachen - Berichte - Dokumente.

Stadtarchiv Braunschweig:

* Volksfreund (Auswahl):
	+ 29.01.1904 S. 1
	+ 19.8.1915 S.3
	+ 25.6.1917
	+ 08.11.1918 S. 1, 2
	+ 08.11.1918 S. 1
	+ 10.11.1918 S. 1
	+ 11.11.1918 S. 1
	+ 15.11.1918 S. 3
	+ 16.11.1918 S. 3
	+ 18.11.1918 S. 2
	+ 27.11.1918 S. 2
	+ 28.11.1918 S. 1
	+ 29.01.1919 S. 3
	+ 01.07.1919 S. 3
	+ 13.07.1921 S. 4
	+ 14.07.1921 S. 3
	+ 15.07.1921 S. 3
	+ 16.07.1921 S. 1
	+ 08.09.1921
	+ 17.08.1923 S. 1
* Kladderadatsch
	+ 09.04.1922
	+ 19.04.1923
* Braunschweigische sozialistische Landeskorrespondenz
	+ 09.01.1919 S. 1
* Freiheit
	+ 01.07.1921 S. 2
	+ 14.07.1921 S. 3
	+ 15.07.1921 S. 1
	+ 20.07.1921 S. 1
	+ 21.07.1921 S. 3, 4

Niedersächsisches Landesarchiv/Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel:

* 171n Nr. 110 2g 79/2004. Seeboth, Robert: Biographische Angaben zu Minna Fasshauer.
* 27 Hg. Aus dem Nachlass Robert Gehrkes: Biographische Angaben zu Minna Fasshauer. Vermutlich Notizen zu ihrer Trauerrede.
* 27 Slg Nr. 510. Sterneeintrag
* 42B Neu Fb.6 Nr. 428. Staatsanwaltschaft Braunschweig 1923.

Niedersächsisches Landesarchiv Hannover: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81. Akte Moringen und Entschädigungsakte

**Genutzte Sekundärliteratur in Auswahl**

* Armenat, Gabriele: Frauen aus Braunschweig. Braunschweig 1986. S. 53-55, 96-97.
* Bein, Reinhard: Braunschweig zwischen rechts und links – Der Freistaat 1918 bis 1930. Materialien zur Landesgeschichte. Braunschweig 1990.
* Bein, Reinhard: Widerstand im nationalsozialistischen Braunschweig 1932-1945. Braunschweig 1985. S. 111-115.
* Boll, Friedhelm: Massenbewegungen in Niedersachsen 1906-1920. Bonn 1981. S. 171-263.
* Pockrandt, Solveig: Minna Fasshauer. In: Camerer, Luitgard, et al. (Hg.): Braunschweiger Stadtlexikon. S. 69.
* DKP Region Braunschweig mit Unterstützung des Bezirksvorstandes der DKP Niedersachsen (Hg.): Waschfrau, Kommunistin, Ministerin. Minna Faßhauer, Volkskommissarin für Volksbildung und Volkswohlfahrt während der Novemberrevolution im Land Braunschweig 1918/1919.
* DRA-Spezial 2/2006: Das KPD\_Verbot 1956. http://www.dra.de/online/hinweisdienste/spezial/2006/dra-spezial\_02-2006\_KPD.pdf
* Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt am Main 1969. S.84-190.
* Fülberth, Georg: Die Beziehung zwischen SPD und KPD in der Kommunalpolitik der Weimarer Periode 1918/19 bis 1933. Köln 1985. S. 16-97.
* Gebhard, Olaf: Die Räteherrschaft in Norddeutschland zwischen Kriegsende und Weimarer Republik. Masterarbeit. Braunschweig 2010/2011. S . 1-21, 52-75, 81-85.
* Gehrke, Robert/ Seeboth, Robert: 50 Jahre Novemberrevolution. Eine Dokumentation über die revolutionären Kämpfe der Braunschweiger Arbeiter am Vorabend der November Revolution. Braunscheig/ Wolfenbüttel 1968. S. 7-28, 68-75, 80-84.
* Habedank, Dr. Heinz (Hg.): Beiträge zur Geschichte der NR. In: Deutsche Akademie der Wissenschaft zu Berlin. Schriften des Instituts für Geschichte. Reihe III: Vorträge und Tagungen des Instituts für Geschichte Band 5. Berlin 1960.
* Hortzschansky/Grau/Imig/Ittershagen/Materna et al.: Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919. Berlin 1978.
* Janicki, Heide: Erste Ministerin in Deutschland Minna Fasshauer - eine Frau in der Novemberrevolution 1918. In: Unsere Zeit. Zeitung der DKP. Marxistische Theorien und Geschichte vom 07.03.2008 und In: Mitteilungen der Deutschen Kommunistischen Partei.
* Korschan-Kuhle: Minna Fasshauer. In: Jarcke, Horst-Rüdiger, Scheel, Günter: Braunschweiger Biographisches Lexikon 19. und 20. Jahrhundert. Hannover 1996. S. 173-174.
* Kuessner, Dietrich/ Ohnezeit, Maik/ Otte, Wulf: Von der Monarchie zur Demokratie. Anmerkungen zur Novemberrevolution 1918/19 in Braunschweig und im Reich. Wendeburg 2008. S. 11-109.
* Maercker: Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Geschichte des freiwilligen Landjägerkorps. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution. Leipzig 1921.
* Protokoll der wissenschaftlichen Tagung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften, der Parteihochschule „Karl Marx“ und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED am 22./23. Januar 1959 in Berlin anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der KPD: Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschland. Berlin 1959. S. 5-45, 62-76, 211-219.
* Roloff, Erst-August: Braunschweig und der Staat von Weimar. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1918-1933. Braunschweig 1964. S 26-49, 65-94.
* Roloff, Ernst- August: Tausendjähriges Braunschweig. Die Stadt Heinrich des Löwen im Wandel der Geschichte. Braunschweig 1938. S. 211-215.
* Rother, Bernd: Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918-1933.Bonn 1090. S. 27-72, 115-154, 273, 286, 288, 313.
* Tornau, Joachim F.: Gegenrevolution von unten. Bielefeld 2001. S. 69-94.
* Weber, Hermann/ Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945. Berlin 2004. S. 198, 925.

**Internetquellen**

* Webseite der Stadt Braunschweig: Stadtgeschichte - Novemberrevolution und Weimarer Republik.
* <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv005085.html>
* <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/kla>
* Heide Janicki: Berichte über Minna Faßhauer 1-10: <http://www.jetzt-schlaegts-13.com/index.php/minna-fasshauer>
* <http://de.wikipedia.org/wiki/Gymnasium_Egeln>
1. Bleckendorf ist seit 1953 als Ortsteil Egeln-Nord in die Stadt Egeln im Salzlandkreis (Sachsen-Anhalt) eingemeindet. Minna Faßhauer ist im Verzeichnis der Stadt Egeln als eine von fünf hervorgehobenen Persönlichkeiten aufgeführt. Das heutige Gymnasium Egeln trug seit 1961 die Bezeichnung Erweiterte Oberschule »Minna Faßhauer«. Im November 1990 erfolgte auf Antrag der Gesamtkonferenz die Ablegung des Namens, da »die Verantwortlichen der Schulleitung des Öfteren in Verlegenheit kamen, wenn von Außenstehenden nach den Hintergründen der Namensverleihung gefragt wurde«. [↑](#footnote-ref-1)
2. Lebenslauf vom 24.3.1947 (Entschädigungsakte). Im Sterbeeintrag findet sich die Schreibweise Kurt Jakob Nikolai (NSTA Wf 27 Slg Nr. 510) [↑](#footnote-ref-2)
3. Wiederverheiratet als Dorothea Hübenthal (NSTA Wf 42 B Neu Fb. Nr. 428) [↑](#footnote-ref-3)
4. Wahlkampfflugblatt der KPD zur Kommunalwahl 1946 (StABS HVII:295) [↑](#footnote-ref-4)
5. Lebenslauf vom 24.3.1947 (NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81 Entschädigungsakte) [↑](#footnote-ref-5)
6. Lebenslauf vom 24.3.1947 (NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81 Entschädigungsakte) [↑](#footnote-ref-6)
7. Lebenslauf vom 24.3.1947 (NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81 Entschädigungsakte) [↑](#footnote-ref-7)
8. »Wir Frauen durften damals noch nicht am öffentlichen politischen Leben teilnehmen. Wir kamen dennoch heimlich zusammen. Der von uns Frauen geführte Kampf, voll unterstützt durch die Männer, führte 1908 zum Siege und damit zu unserer Gleichberechtigung im Versammlungsleben«. (Wahlkampfflugblatt der KPD zur Kommunalwahl 1946. StABS HVII:295) [↑](#footnote-ref-8)
9. Wahlkampfflugblatt der KPD zur Kommunalwahl 1946 (StABS HVII:295) [↑](#footnote-ref-9)
10. Seeboth 2004 (NSTA Wf 171 N Nr. 110 2 g 79/2004) [↑](#footnote-ref-10)
11. So die Angabe in der Entschädigungsakte (NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81 Schreiben von Georg Faßhauer vom 28.5.1956). In anderen biographischen Notizen werden noch 1912 (Berlin Document Center 22.5.1956) und 1908 – 1916 genannt. (NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81 Fragebogen für politische Häftlinge 24. März 1947) [↑](#footnote-ref-11)
12. Lebenslauf vom 24.3.1947 (NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81 Entschädigungsakte) [↑](#footnote-ref-12)
13. Schreiben von Georg Faßhauer vom 28.5.1956 (NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81 Entschädigungsakte) [↑](#footnote-ref-13)
14. Seeboth 2004 (NSTA Wf 171 N Nr. 110 2 g 79/2004) [↑](#footnote-ref-14)
15. Artur Krull, Trauerrede (StABS H VII:295.1) [↑](#footnote-ref-15)
16. Friedhelm Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906 – 1920. Bonn 1981, S. 221; Robert Gehrke (Hg.), 50 Jahre Novemberrevolution. Eine Dokumentation über die revolutionären Kämpfe der Braunschweiger Arbeiter am Vorabend der Novemberrevolution. Zusammengestellt von Robert Gehrke, Braunschweig und Robert Seeboth,Wolfenbüttel. Helmstedt 1968, S. 10 [↑](#footnote-ref-16)
17. Dierk Hoffmann, Otto Grotewohl (1894 – 1964). Eine politische Biographie. München 2009, S. 27ff. [↑](#footnote-ref-17)
18. Boll, Massenbewegungen, S. 221f. [↑](#footnote-ref-18)
19. Zitiert nach Hoffmann, Grotewohl, S. 28 [↑](#footnote-ref-19)
20. Gehrke/Seeboth, Novemberrevolution, S. 11 [↑](#footnote-ref-20)
21. Birgit Pollmann, Zur Situation der Frauen im Herzogtum Braunschweig zwischen Reichsgründung und dem Ersten Weltkrieg, in: Moderne Braunschweigische Geschichte, hg. von Werner Pöls und Klaus Erich Pollmann. Hildesheim 1982, S. 134 [↑](#footnote-ref-21)
22. Zitiert nach Pollmann, Frauen im Herzogtum, S. 140 [↑](#footnote-ref-22)
23. Frank Ehrhardt, „Hilfe für die, die noch ärmer sind“. Die Anfänge der Arbeiterwohlfahrt im Land Braunschweig. Braunschweig2 1994, S. 55 [↑](#footnote-ref-23)
24. Ehrhardt, Arbeiterwohlfahrt, S. 56 [↑](#footnote-ref-24)
25. Volksfreund 7.7.1913. Eine ausführliche Darstellung der Ausflüge findet sich bei Ehrhardt, Arbeiterwohlfahrt, S. 58ff. [↑](#footnote-ref-25)
26. Boll, Massenbewegungen, S. 194 [↑](#footnote-ref-26)
27. Krull, Trauerrede, S. 2 [↑](#footnote-ref-27)
28. Hans-Ulrich Ludewig, Der Erste Weltkrieg und die Revolution (1914 – 1918/19), in: Horst-Rüdiger Jarck/Gerhard Schildt (Hg.), Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Braunschweig 2000, S. 915 – 944; hier S. 916 [↑](#footnote-ref-28)
29. Gehrke/Seeboth, Novemberrevolution, S. 13 [↑](#footnote-ref-29)
30. Stenografische Berichte des Deutschen Reichstags. Band 306, S. 8ff.; Susanne Miller/Heinrich Potthoff, Kleine Geschichte der SPD. Bonn5 1983, S. 73 [↑](#footnote-ref-30)
31. Ludewig, Landesgeschichte, S. 930 [↑](#footnote-ref-31)
32. Gehrke/Seeboth, Novemberrevolution, S. 13f. [↑](#footnote-ref-32)
33. Boll, Massenbewegungen, S. 218ff. [↑](#footnote-ref-33)
34. Volksfreund 27.4.1916 [↑](#footnote-ref-34)
35. Ausführlich dargestellt bei Boll, Massenbewegungen, S. 223ff. [↑](#footnote-ref-35)
36. Ludewig, Landesgeschichte, S. 926f. [↑](#footnote-ref-36)
37. Boll, Massenbewegungen, S. 249 [↑](#footnote-ref-37)
38. Boll, Massenbewegungen, S. 246 [↑](#footnote-ref-38)
39. Volksfreund 3. November 1915, »Das Volk verlangt billige Lebensmittel!« [↑](#footnote-ref-39)
40. Boll, Massenbewegungen, S. 198 [↑](#footnote-ref-40)
41. Bericht über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig Nr. 10, 1915/16, S. 461f. [↑](#footnote-ref-41)
42. Gehrke/Seeboth, Novemberrevolution, S. 41; Boll, Massenbewegungen, S. 246 nennt 1500 Teilnehmer. [↑](#footnote-ref-42)
43. Boll, Massenbewegungen S. 247; Gehrke/Seeboth, Novemberrevolution, S. 41f. [↑](#footnote-ref-43)
44. Krull, Trauerrede S. 2 [↑](#footnote-ref-44)
45. Bergit Korschan-Kuhle, Faßhauer, Minna in: Braunschweigisches Biographisches Lexikon 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Horst-Rüdiger Jarck und Günter Scheel. Hannover 1996, S. 173f. [↑](#footnote-ref-45)
46. Ernst-August Roloff, Braunschweig und der Staat von Weimar. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1918 – 1933. Braunschweig 1964, S. 33 [↑](#footnote-ref-46)
47. Volksfreund 8.11.1918; Dietrich Kuessner, Braunschweiger Novemberrevolution. Mythos und Wirklichkeit, in: Dietrich Kuessner/Maik Ohnezeit/Wulf Otte, Von der Monarchie zur Demokratie. Anmerkungen zur Novemberrevolution 1918/19 in Braunschweig und im Reich. Wendeburg 2008, S. 25 [↑](#footnote-ref-47)
48. Volksfreund 18.11.1918 [↑](#footnote-ref-48)
49. Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für die Braunschweigischen Lande, Band 106. Braunschweig 1919, S. 8f. [↑](#footnote-ref-49)
50. Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für die Braunschweigischen Lande Band 105. Braunschweig 1918, S. 307 - 309 [↑](#footnote-ref-50)
51. Gerd Biegel, Herzog Carl Wilhelm Ferdinand und Joachim Heinrich Campe: Begegnung zwischen Fürst und Unternehmer im Braunschweig der Aufklärung, in: Visionäre Lebensklugheit: Joachim Heinrich Campe und seine Zeit, hg. von Hanno Schmitt. Wiesbaden 1996, S. 89ff. [↑](#footnote-ref-51)
52. Bernd Rother, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933. Bonn 1990, S. 143 [↑](#footnote-ref-52)
53. Rother, Sozialdemokratie, S. 58 [↑](#footnote-ref-53)
54. Ludewig, Landesgeschichte, S. 938f. [↑](#footnote-ref-54)
55. Rother, Sozialdemokratie, S. 60 [↑](#footnote-ref-55)
56. Ludewig, Landesgeschichte, S. 939; Rother, Sozialdemokratie, S. 64f. [↑](#footnote-ref-56)
57. Krull, Trauerrede, S. 3 [↑](#footnote-ref-57)
58. Korschan-Kuhle, Faßhauer, S. 174; Solveig Pockrandt, Faßhauer, Minna, in: Braunschweiger Stadtlexikon. Braunschweig 1992, S. 69; Armenat, Frauen, S. 54; Seeboth 2004; Heide Janicki, Minna Fasshauer – eine Frau in der Novemberrevolution 1918, in: DKP Mitteilungen der Deutschen Kommunistischen Partei o. J.; Rother, Sozialdemokratie, S. 213; Hermann Weber/Andreas Herbst (Hg.), Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 – 1945. Berlin 2004, S. 198; Heide Janicki/Peter Dürrbeck, Waschfrau, Kommunistin, Ministerin. DKP Region Braunschweig o. J., S. 12 [↑](#footnote-ref-58)
59. Entschädigungsakte (NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81) [↑](#footnote-ref-59)
60. Fragebogen für politische Häftlinge (NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81) [↑](#footnote-ref-60)
61. Janicki/Dürrbeck, Waschfrau, S. 12 [↑](#footnote-ref-61)
62. Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands; <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/kapd/1920/programm.htm>; zuletzt aufgerufen 20.7.2013 [↑](#footnote-ref-62)
63. NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81 [↑](#footnote-ref-63)
64. Zitiert nach Janicki, Bericht 10, erster Teil [↑](#footnote-ref-64)
65. Zitiert nach Heide Janicki, Bericht 10, Teil 1 [↑](#footnote-ref-65)
66. Braunschweigische Landeszeitung 22. März 1922, S. 7

Im Fragebogen für politische Häftlinge vom 24. März 1947 hatte Minna Faßhauer zweimal eingetragen »1921/8 Monate Zuchthaus Wolfenbüttel« wegen politischer Vergehen. Dies dürfte sich auf den obigen Prozeß beziehen. (NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81) [↑](#footnote-ref-66)
67. Seeboth 2004, S. 2 [↑](#footnote-ref-67)
68. Reinhard Bein, Widerstand im Nationalsozialismus. Braunschweig 1985, S. 111 [↑](#footnote-ref-68)
69. Krull, Trauerrede, S. 5 [↑](#footnote-ref-69)
70. Seeboth 2004, S. 2 [↑](#footnote-ref-70)
71. Bein, Widerstand, S. 111 [↑](#footnote-ref-71)
72. NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81 [↑](#footnote-ref-72)
73. Bein, Widerstand, S. 113 [↑](#footnote-ref-73)
74. NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81 [↑](#footnote-ref-74)
75. NLA HSA Han: Hann. 158 Moringen Acc. 105/96 Nr. 81 [↑](#footnote-ref-75)
76. Georg Faßhauer in einem Schreiben vom 28.5.1956 (Entschädigungsakte) [↑](#footnote-ref-76)
77. StABs E 12:16.2 [↑](#footnote-ref-77)
78. Janicki/Dürrbeck, Waschfrau S. 20 [↑](#footnote-ref-78)
79. StABs HVII:295 [↑](#footnote-ref-79)
80. (Entschädigungsakte) [↑](#footnote-ref-80)